

Palästina-Reader



**Schluss mit der Besetzung
der palästinensischen Gebiete durch Israel!
Für die Einhaltung der Menschenrechte
in Palästina und Israel.**



Broschüre der Palästina AG, Attac Hamburg, leicht überarbeitet
V.i.S.d.P. R. Frankl, Morgenweg 17, 63856 Bessenbach, rf@attac-aschaffenburg.de



Inhalt	Seite
Letzte Hoffnung Bethlehem	3
1. Israel / Palästina : Karten	5
UNO-Beschluss 1947:	5
1948 erneut Krieg:	5
Juni 1967:	6
1993:	6
1995 : Palästinensische Autonomie???	7
2002: Zerstückelung der Westbank	8
2. Die israelische Besatzung	9
„Teile und herrsche“ - Israelische Straßen zerstückeln die palästinensischen Gebiete	10
Checkpoints der israelischen Armee in den besetzten palästinensischen Gebieten	11
Kein Wasser für die Palästinenser(I)	12
Kein Wasser für die Palästinenser (II)	13
3. Mehrfache UNO-Aufforderungen zur Beendigung der Besatzung	14
Resolution der UN-Menschenrechtskommission	14
Resolutionen der UN-Generalversammlung	14
4. Frieden in Palästina und Israel	16
Israel: Armeereservisten verweigern Militärdienst in den besetzten Gebieten	16
Frieden in Palästina und Israel	17
Die Palästinensische Friedensvision	18
Stimmen zu den Osloer Verträgen (1993) und dem Camp David Treffen (2000).....	20
Uri Avneri: 12 gebräuchliche Lügen über Israel und Palästina, 21.10.2000	20
"Camp David war ein Diktat"	21
Stoppt den Mauerbau!	22
Nicht in unserem Namen!	22
Die Roadmap: Statt Fahrplan zum Frieden - Weg in die Sackgasse	24
Palästina Solidaritätsbündnis Hamburg und die ATTAC-Arbeitsgruppe "Palästina" (Sept. 2003).....	25
Antizionismus ist nicht Antisemitismus	26
Europäische Juden für einen gerechten Frieden	28
Ishai Menuhin, Reserveoffizier, israel. Armee:	29
Adam Keller, "Gush Shalom" Tel Aviv:	29
Zur besonderen Verantwortung Deutschlands gegenüber Israel	29
5. Einige Hinweise auf Bücher, Internetadressen usw.	30
Bücher.....	30
Internet-Adressen	30

Letzte Hoffnung Bethlehem

„Trotz der Schikanen des Militärs bahnt sich Reem Abu Jehesch den Weg zu ihrem Baby im Caritas Hospital“

Artikel von Inge Günther (Bethlehem) - Frankfurter Rundschau 24.12.2002

Reem Abu Jehesch hat eine beschwerliche Reise hinter sich. Obwohl nur rund fünfzig Kilometer lang, dauerte die Tour vier Stunden. Sechs Checkpoints des Militärs mussten sie überqueren, fast ebenso oft die Sammeltaxis wechseln. Palästinenser können israelische Straßensperren, wenn überhaupt, meist nur noch zu Fuß passieren. Die junge Mutter hat sich von dem riskanten Hindernislauf so wenig abschrecken lassen wie von dem Wintereinbruch mit peitschenden Sturmböen und Regenschauern. Morgens um sieben hat sich Reem aus ihrem Dorf Idna hinter Hebron nach Bethlehem aufgemacht, um endlich Bissan, ihre jüngste Tochter, aus dem Caritas Baby Hospital zu holen.

Seit drei Wochen hat sie das Kind nicht mehr gesehen. Dass es Bissan wieder besser geht, dass es seine erste schwere Krise überstehen wird, konnten ihr die Klinikschwestern nur telefonisch versichern. Wegen der Ausgangssperre blieb für Reem kein Durchkommen. Doch heute, an diesem Dezembertag, an dem die Soldaten den Bethlehemern einen vier-stündigen Freigang gestatteten, hat sie es geschafft.

Reems Füße stecken in pitschnassen Sandalen. Aus ihren Augen strahlt die Freude, ihr zweieinhalb Monate altes Baby Bissan im Caritas Baby Hospital wieder in die Arme zu schließen. Dank der in Westbank und Gaza einmaligen Einrichtung, vor fünfzig Jahren von dem Schweizer Pater Ernst Schnydrig gegründet, sind schon unzählige palästinensische Kinder gerettet worden. Ganz sicher auch Bissan. Als das Mädchen mit akuter Lungen-entzündung eingeliefert wurde, war es auf Grund Sauerstoffmangels bereits blau im Gesicht. In der Folge traten Probleme mit dem Zentralnervensystem auf. Durch intensive Nachbehandlung ließen sich die daraus resultierenden Störungen im Bewegungsablauf wohl aufheben, glaubt Physiotherapeutin Bettina Stelling. Doch auch sie hat Zweifel, dass die Mutter ihren Rat, "so oft wie möglich zu kommen", überhaupt befolgen kann.

Die Deutsche Bettina Stelling zählt zu den 14 europäischen Fachkräften, die an der Seite von 200 palästinensischen Ärzten, Pflegern und anderem Krankenhauspersonal die Kinderhilfe Bethlehem am Laufen halten. Sie alle geben ihr Mögliches. Aber in diesen Zeiten der Intifada stoßen sie oftmals an Grenzen, die weniger medizinisch als politisch bedingt sind. Seitdem Israels Armee am 22. November nach einem Terroranschlag auf

einen Bus in Jerusalem ganz Bethlehem zum militärischen Sperrgebiet erklärte, gehört der Ausnahmezustand zum Alltag im Baby Hospital. Zwei, drei Tage lang hintereinander, berichtet der Österreicher Erwin Schlacher, mussten die Diensttenden in den vergangenen Wochen oftmals rund um die Uhr Dauerschichten einlegen, bis die Ablösung bei der nächsten Aufhebung der Ausgangssperre die Klinik wieder erreichen konnte. Und mancher Mutter mit krankem Kind blieb nichts anderes übrig, als sich querfeldein, über Stock und Stein, auf den Weg zur Notaufnahme zu machen.

Reem Abu Jehesch kennt diese elende Odyssee aus eigener Erfahrung. Schon die Geburt Bissans verlief kompliziert. Drei Tage lang lag die Mutter zu Hause in Wehen. Auf Grund der strikten Abriegelung war die nächstgelegene Klinik in Hebron nicht zu erreichen. In ihrem Dorf Idna gibt es keinen Arzt, keine Hebamme. "Nur eine Nachbarin half mir bei der Entbindung", berichtet Reem. Ihr Ehemann, offenbar enttäuscht darüber, dass seine Frau ihm zum fünften Mal eine Tochter statt des erhofften Sohnes schenkte, erwies sich auch nicht als große Unterstützung. "Ich war schwach, das Haus war kalt", erzählt Reem fast lakonisch, die dünnen Fakten zusammentragend, ohne große Worte um ihre Ängste und Schmerzen zu verlieren. Dann gab es auch noch Komplikationen mit dem Neugeborenen. Das Geld der Familie langte nicht, um die 50 Schekel, umgerechnet etwa zehn Euro, zusammenzukratzen, die als Eigenleistung für die Fahrt im Ambulanzwagen verlangt wurden. Reem, eine gläubige Moslemin, packte das damals gerade 45 Tage alte Baby in Tücher ein und schlug sich zum Caritas Hospital nach Bethlehem durch. Ihre letzte Hoffnung auf Hilfe.

Pater Schnydrig, Sohn eines Walliser Bauern, muss ein weitsichtiger Mann gewesen sein, als er Weihnachten 1952 den Entschluss fasste, im Geburtsort Christi eine medizinische Kinderhilfe ins Leben zu rufen. Eine, die nicht nach Rasse oder Religion unterscheidet und bedürftige Patienten gegebenenfalls gratis versorgt. Der Anblick eines verzweiferten palästinensischen Vaters, der an Heiligabend nahe eines Bethlehemer Flüchtlingslagers sein totes Kind im Morast begrub, hatte ihn nicht ruhen lassen. Schnydrig mietete ein Haus, stellte 14 Betten hinein und nannte es im Vertrauen auf Gott und die eigene Tatkraft Caritas Baby Hospital. Bis heute ist das Projekt unverzichtbar, das sich aus bescheidenen Anfängen längst zu einer modernen Klinik mit hervorragendem Ruf

gemausert hat. Caritas Baby Hospital - das ist heute das einzige auf Kleinkinder spezialisierte Krankenhaus in den palästinensischen Gebieten.

Vieles ist seit den 50er Jahren mittlerweile hinzugekommen. Der 1978 fertig gestellte Neubau der Klinik umfasst Schwesternausbildung und Mütterchule, Sozialstation und Ambulanz, medizinisches Labor und Frühgeborenenstation mit elf Wärmebettchen. In diesem Jahr hat das Krankenhaus 21 000 Kinder behandelt, davon 2300 stationär. Was sich hinter dieser Statistik verbirgt, hat vielfach mit typischen Armutskrankheiten zu tun, die durch Mangelerscheinungen sowie schlechte Wohn- und Hygieneverhältnisse ausgelöst werden. "Gerade im Winter", notierte die Ärztin Mechthild Eling, "kommen viele Früh- oder Neugeborene und kleine unterernährte Kinder zur Aufnahme mit schwerer Unterkühlung, oft mit unmessbaren Temperaturen unter 25 Grad. Man kann oft nicht helfen." Aber man kämpft um jedes Leben.

Das Hospital finanziert sich zum überwiegenden Teil aus Spenden. Sechs Millionen Euro brachte die Kinderhilfe Bethlehem, der deutsch-schweizerische Trägerverein mit Sitz in Freiburg und Luzern, allein im Vorjahr für den Klinikhaushalt auf. Dazu rollen zweimal im Jahr Container mit Hilfsgütern aus dem Badischen an. Der Blick in den Materialraum des Hospitals offenbart die Strick- und Sammelleidenschaft deutschsprachiger Kirchengruppen für einen guten Zweck. Wer Wolldecken, Kinderkleider oder auch Spielzeug braucht, trifft auf reiche Auswahl. Weit häufiger noch jedoch tragen palästinensische Familien an die Sozialarbeiter Bitten heran, die Kosten für existenzielle Bedürfnisse zu übernehmen. "Das reicht vom Milchpulver bis zur Stromrechnung", sagt Öffentlichkeitssekretär Schlacher: "Selbst Mittelständler kommen inzwischen, die vielleicht ein eigenes Haus besitzen, aber keinen Schekel mehr in der Tasche haben." Kaum einer hat noch ein festes Einkommen in Bethlehem, seitdem sich die Stadt unter Verschluss befindet.

An allem mangelt es. An Freiheit, Arbeit, Brot und Geld. Selbst in den Banken ist Bares an diesem Morgen knapp, da in Folge der Blockade der Nachschub aus der Zentrale in Ramallah nicht eingetroffen ist. Und die Bäcker teilen an wartende Kunden Nummern aus, weil sie die runden Fladen gar nicht so schnell aus den Öfen ziehen können, wie es nötig wäre, um die ungeduldigen Klienten zu bedienen. In den kurzen Stunden bis zum Nachmittag, in denen die Ausgangssperre aufgehoben ist, muss alles erledigt sein.

Auch die Zeit, Reem Abu Jehesch im Caritas Hospital in die besondere Pflege einzuweisen, die ihr Baby Bassin noch benötigt, ist eigentlich viel zu knapp. Auf den Straßen patrouillieren bereits wieder israelische Militärjeeps. Aus Lautsprechern erschallt die Order, zurück in die Häuser zu gehen. Reem muss sich sputen.

Zitate über die Besatzung:

Der Gazastreifen ist die perfekte Verwirklichung einer israelischen Vision der „Trennung“. Umgeben von elektrischen Zäunen und Armeeposten, vollständig von der Außenwelt abgeschottet, ist der Gazastreifen zu einem großen Gefängnis geworden. Etwa ein Drittel seines Landes wurde für die 7000 dort lebenden israelischen Siedler und ihr militärisches Verteidigungsaufgebot enteignet, während über eine Million Palästinenser zusammengerückt auf dem restlichen Teil wie in einem Gefängnis leben: ohne Arbeit oder Einkommensquelle, etwa 80 % der Einwohner sind, was den Lebensunterhalt betrifft von Zuteilungen der UNRWA, von Spenden aus arabischen Ländern und Wohltätigkeitsorganisationen abhängig. (Tanya Reinhardt, die Strafkolonien)

Die FAO „ist tief besorgt wegen der breiten Zerstörungen der palästinensischen Infrastrukturen, der Bauernhöfe, der Getreidesilos, der Bewässerungssysteme, der Treibhäuser, der Gemüsegärten und dem Verschwinden von 8000 Hektar Ackerland.“

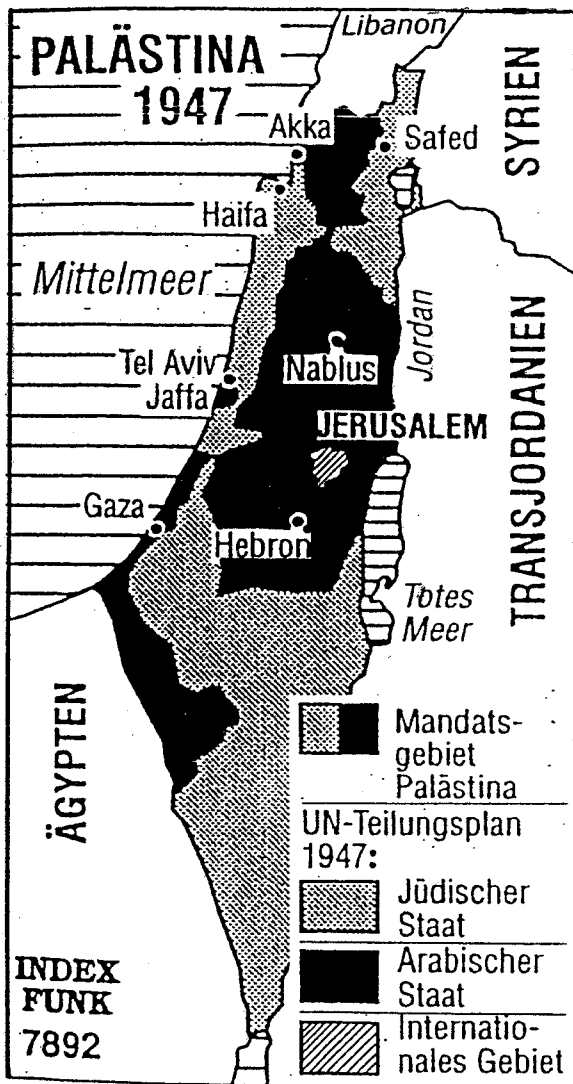
Hunger und Unterernährung haben alarmierend zugenommen. 10,2 % der neugeborenen haben Untergewicht, die Anzahl der Totgeborenen ist im Gaza-Streifen um 52% gestiegen. (Le Monde, 18.4.2002)

Palästinenser werden willkürlich verhaftet und in den Gefängnissen misshandelt.

„Zu den kollektiven Strafen, die uns nicht nur wirtschaftlich schädigen, sondern vor allem auch unsere Symbole angreifen, gehört die Zerstörung von Olivenbäumen. (...) Seit dem ersten Jahr der neuen Intifada, seit September 2000, sind bereits Zehntausende von Olivenbäumen durch die israelische Armee und durch Siedler entwurzelt worden! Hinzu kommt, dass Bauern häufig nicht zu ihren Olivenbäumen gelangen können, um sie abzuernten, weil Dörfer und Städte abgeriegelt sind. Die eingebrachte Ernte kann aufgrund der umfassenden Sperre oft nicht verkauft werden.“ (Sumaya Farhat-Naser, Verwurzelt im Land der Olivenbäume)

1. Israel / Palästina : Karten

UNO-Beschluss 1947:
Teilung Palästinas



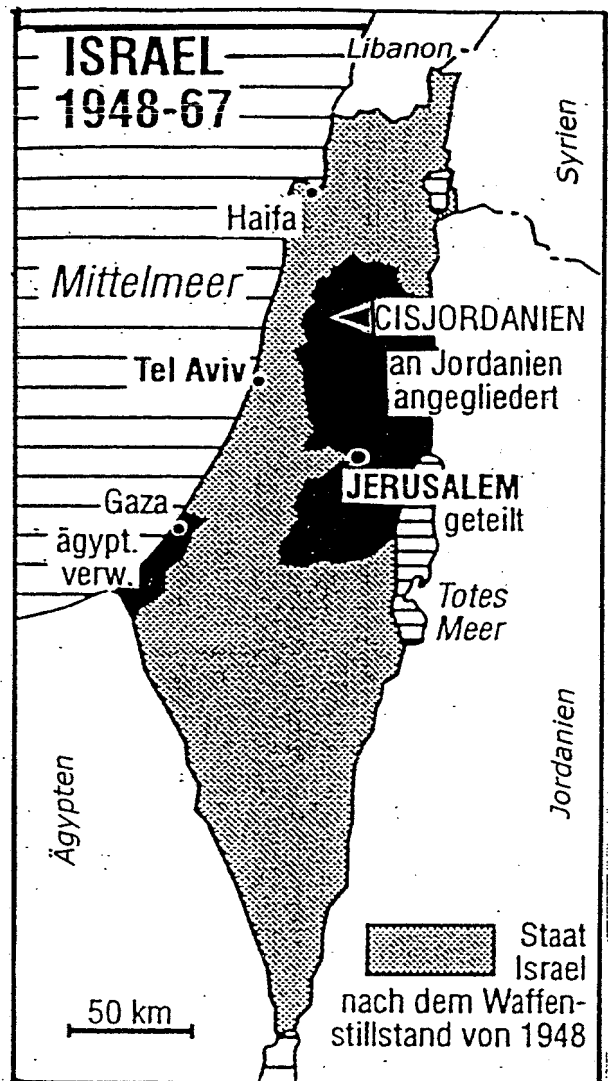
„Die Entscheidung über die Teilung Palästinas fiel, ohne dass man zuvor das palästinensische Volk als Hauptbetroffenen befragt hätte. Der Vorschlag, in Palästina ein Referendum zu veranstalten, wurde von der UNO abgelehnt.“ (Walter Hollstein, *Kein Frieden um Israel*, S. 155)

Durch diese Teilung wurde den Juden – die ein Drittel der Bevölkerung Palästinas bildeten – 55% des Landes zugewiesen – Ebene und Tal, also der beste und ertragreichste Boden.

15. Mai 1948: Gründung des Staates Israel

paläst. Staat	jüd. Staat	Jerusalem
11 600 km ²	15 100 km ²	176 km ²
749 000 Pal.	510 000 Pal.	105 500 Pal.
9 500 Jud.	499 000 Jud.	100 000 Jud.

1948 erneut Krieg:
Israel erweitert seine Staatsfläche



750 000 Palästinenser flüchten

„Wir Juden zwangen die Araber, Städte und Dörfer zu verlassen (...) Einige von ihnen wurden mit Waffengewalt vertrieben; andere wurden mit List, Lüge und falschen Versprechungen zur Flucht animiert (...) Wir sind gekommen und haben aus Arabern als Bewohnern dieses Landes tragische Flüchtlinge gemacht.“

(Nathan Chofshi, *Jewish Newsletter*, New York, 9.2.1959)

„Ich konnte die ganze Nacht nicht schlafen. Was hier vor sich geht, verletzt mich, meine Familie und uns alle in unserer Seele (...) Nun verhalten sich auch die Juden wie Nazis, und das bringt meine ganze Existenz ins Wanken.“ (Landwirtschaftsminister Aharon Zisling in der Kabinettsitzung vom 17. 11. 1948, zitiert in *Le Monde Diplomatique* 12/97)

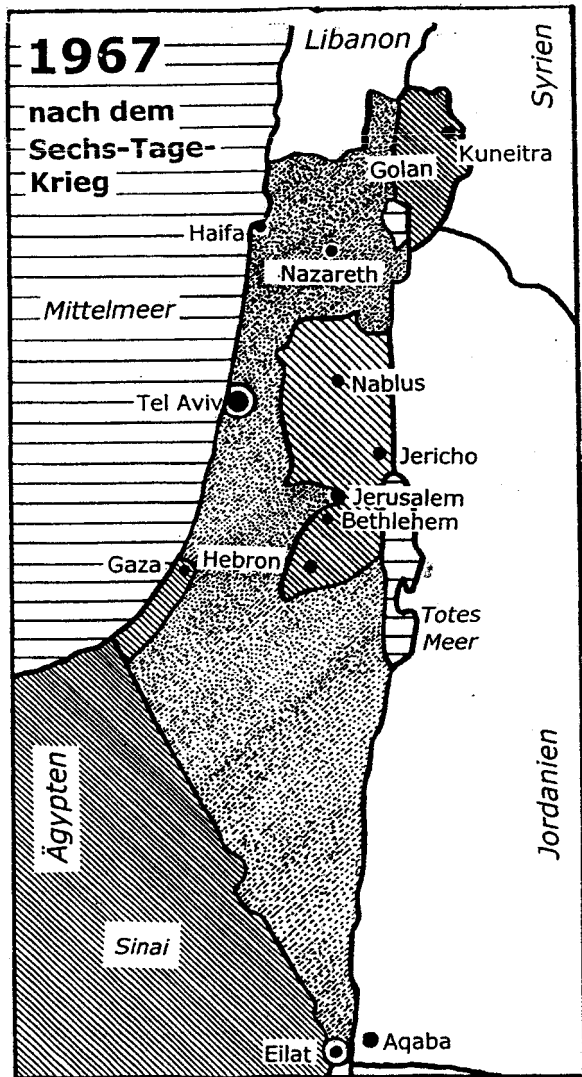
UNO-Resolution 194 vom 11.12.1948:

Erklärt u. a. das Recht der Flüchtlinge auf Rückkehr bzw. Entschädigung.

Israel / Palästina: Karten

Juni 1967:

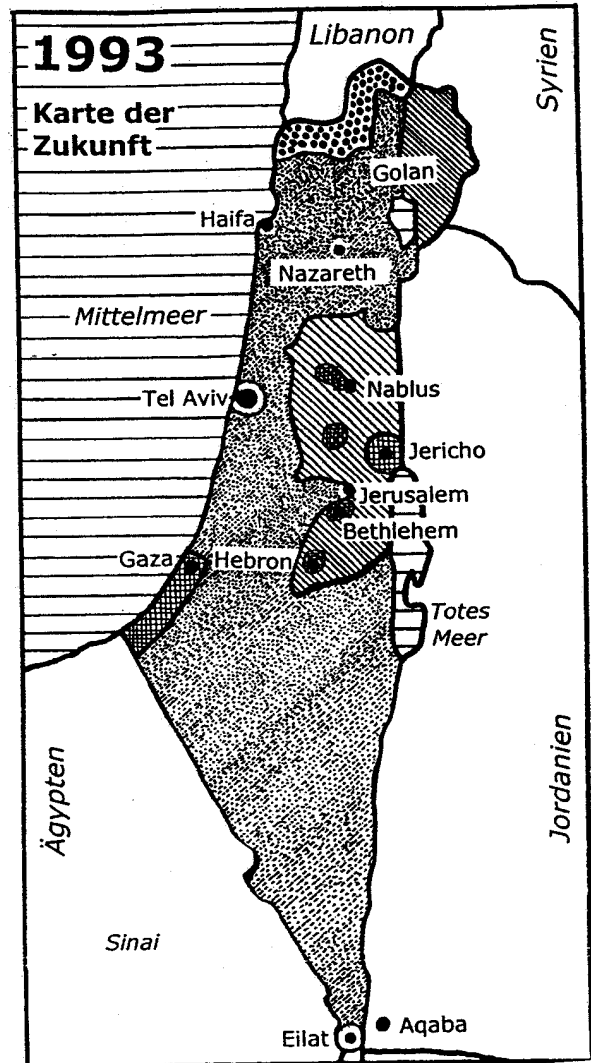
Sechs-Tage Krieg





 von Israel besetzte Gebiete

1993:

Osloer Abkommen



 Palästinensische Selbstverwaltung auf nur 13% der von Israel besetzten Gebiete

 Libanon, von Israel besetzt

UNO-Sicherheitsrat

Resolution 242 vom 22. 11.1967:

Der UN-Sicherheitsrat betont „die Unzulässigkeit, Gebiete durch Kriege zu erwerben.“

Gefordert wird u. a. „Rückzug der israelischen Streitkräfte aus den Gebieten, die während des jüngsten Konflikts besetzt wurden.“

In dem Osloer Abkommen 1993 wurden

wesentliche Fragen nicht gelöst,

„darunter Jerusalem, Flüchtlinge, Siedlungen, Sicherheitsregelungen, Grenzen, (...)“

(aus dem Abkommen vom 13. September 1993 zwischen Israel und der PLO)

1995 : Palästinensische Autonomie???

Es darf nicht vergessen werden, dass wir Palästinenser den Staat Israel auf 82 Prozent unseres Landes anerkannt haben. Es ist Israel, welches das Recht Palästinas, auf den restlichen 22 Prozent des Landes zu existieren, nicht anerkennt.

(Marwan Barghuti, Mitglied der Palästinensischen Nationalversammlung und Fatah-Generalsekretär, Januar 2002. Seit 2 Jahren in israelischer Gefangenschaft)

Zone A (= 18 %) steht unter palästinensischer Oberhoheit. Sie umfasst die Städte – mit Ausnahme von Jerusalem – und die Ortschaften. Die meisten haben keinen territorialen Zusammenhang.

In der Zone B (= 22 %) hat Israel das Sagen in Sicherheitsfragen, während die Palästinenser die zivilen Fragen regeln dürfen.

In der Zone C, die über 60 Prozent des Landes umfasst, hat Israel weiterhin alle Rechte.

▲ Israelische Siedlungen, die trotz der UN-Beschlüsse errichtet wurden.

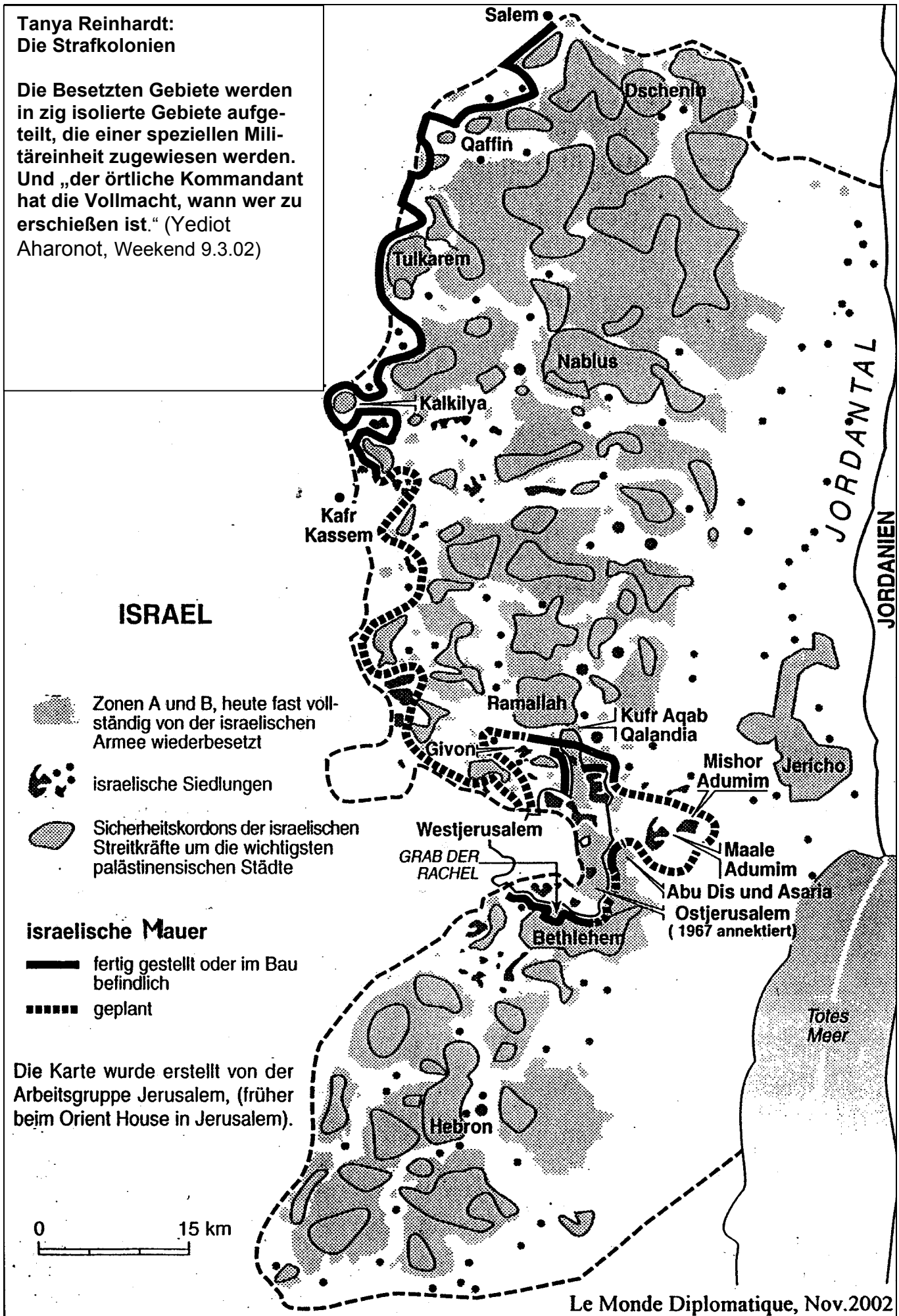
Es werden Straßen „nur für Israelis“ gebaut. Die israelische Armee kontrolliert durch Straßensperren die Bewegungen der Palästinenser; Verhaftungen und monatelange Einsperrungen ohne Gerichtsverhandlungen finden statt. Die Versorgung mit Wasser, Strom usw. steht unter israelischer Kontrolle. Für die Palästinenser gibt es keine Baugenehmigung und die Häuser, die ohne Genehmigung gebaut worden sind, werden auf Anweisung Israels zerstört.



2002: Zerstückelung der Westbank

Tanya Reinhardt:
Die Strafkolonien

Die Besetzten Gebiete werden in zig isolierte Gebiete aufgeteilt, die einer speziellen Militäreinheit zugewiesen werden. Und „der örtliche Kommandant hat die Vollmacht, wann wer zu erschießen ist.“ (Yediot Aharonot, Weekend 9.3.02)



2. Die israelische Besatzung

„Die UN-Generalversammlung erklärt, dass die israelischen Siedlungen in allen seit 1967 von Israel besetzten Gebieten illegal sind und ein Hindernis für den Frieden darstellen.“

Beschlüsse vom 5.5.1997, 20.10.2000, 10.12.2001, 20.12.2001, 7.5.2002, ...



Har Homa - Bau einer israelischen Siedlung zwischen Bethlehem und Ostjerusalem, 2001

Israelische Siedler			
in den besetzten Gebieten		in Ostjerusalem	
1972	1.500	1972	6.900
1992	110.000	1992	140.000
2002	214.000	2002	170.000

Der Schriftsteller David Grossman, und mit ihm die Bewegung "Frieden jetzt", fordert die Auflösung der Siedlungen. Ähnlich sieht es Jossi Sarid, Abgeordneter der linken Merets-Partei in der Knesset: "Dass die Siedlungen derzeit im Zentrum des Konflikts stehen, bedeutet vor allem eine Gefährdung ihrer Bewohner, aber auch der Soldaten. Diese Kolonien müssten sofort aufgelöst werden."

(Alain Gresh, *Le Monde Diplomatique* Dezember 2001)

„Teile und herrsche“ - Israelische Straßen zerstückeln die palästinensischen Gebiete

„Zerteilt in 63 nicht zusammenhängende Kantone, völlig eingekesselt und belagert von israelischen Truppen, durchsetzt mit 140 Siedlungen mit ihrem eigenen Straßennetz, verboten für „Nichtjuden“, sind die Palästinenser inzwischen unter der Besatzung auf 60% Arbeitslosigkeit und einer Armutsrate von 50% reduziert worden (die Hälfte der Bevölkerung von Gaza und der Westbank lebt von weniger als 2 Dollar pro Tag).“

(E.Said)

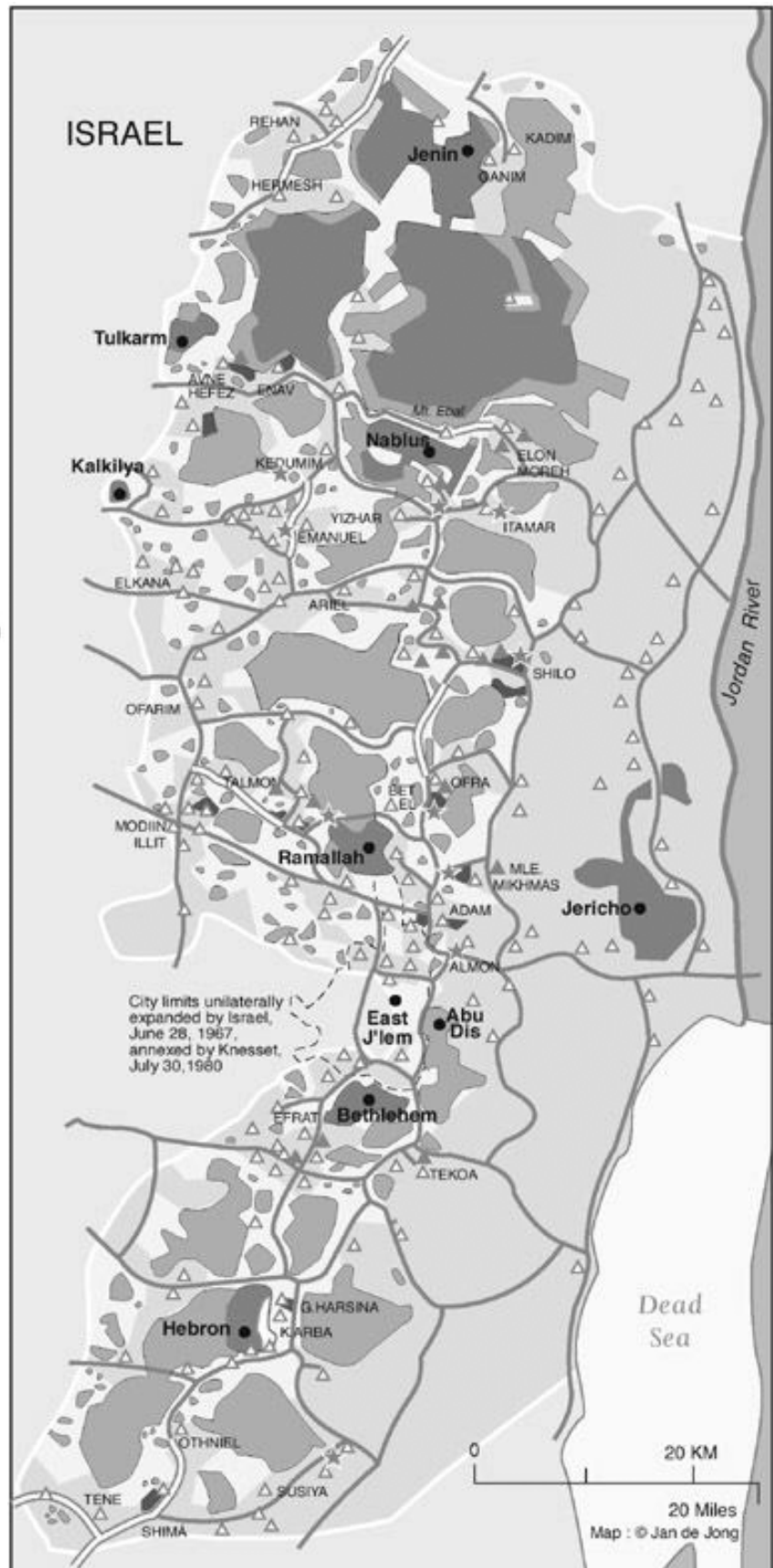
Zone A

Zone B

Zone C

israelische Siedlungen

Straßen



Checkpoints der israelischen Armee in den besetzten palästinensischen Gebieten

Die Palästinenser müssen lange Warteschlangen an den israelischen Kontrollpunkten auf sich nehmen, und werden öfters von israelischen Soldaten schikaniert und gedemütigt.

Die Folgen:

Gesundheitsversorgung:

- Kranke (z.B. Dialyse-Patienten) können nicht rechtzeitig behandelt werden und sterben deshalb.
- Babys werden am Straßenrand geboren. Sie oder die Mütter sterben, wenn sie trotz gesundheitlicher Gefahren nicht ins Krankenhaus transportiert werden..

Bildung

- Der Unterricht an Schulen und Universitäten ist extrem behindert. da Schüler und Lehrer gar nicht oder nur mit Verzögerung durch die Checkpoints gelassen werden.

Wirtschaft

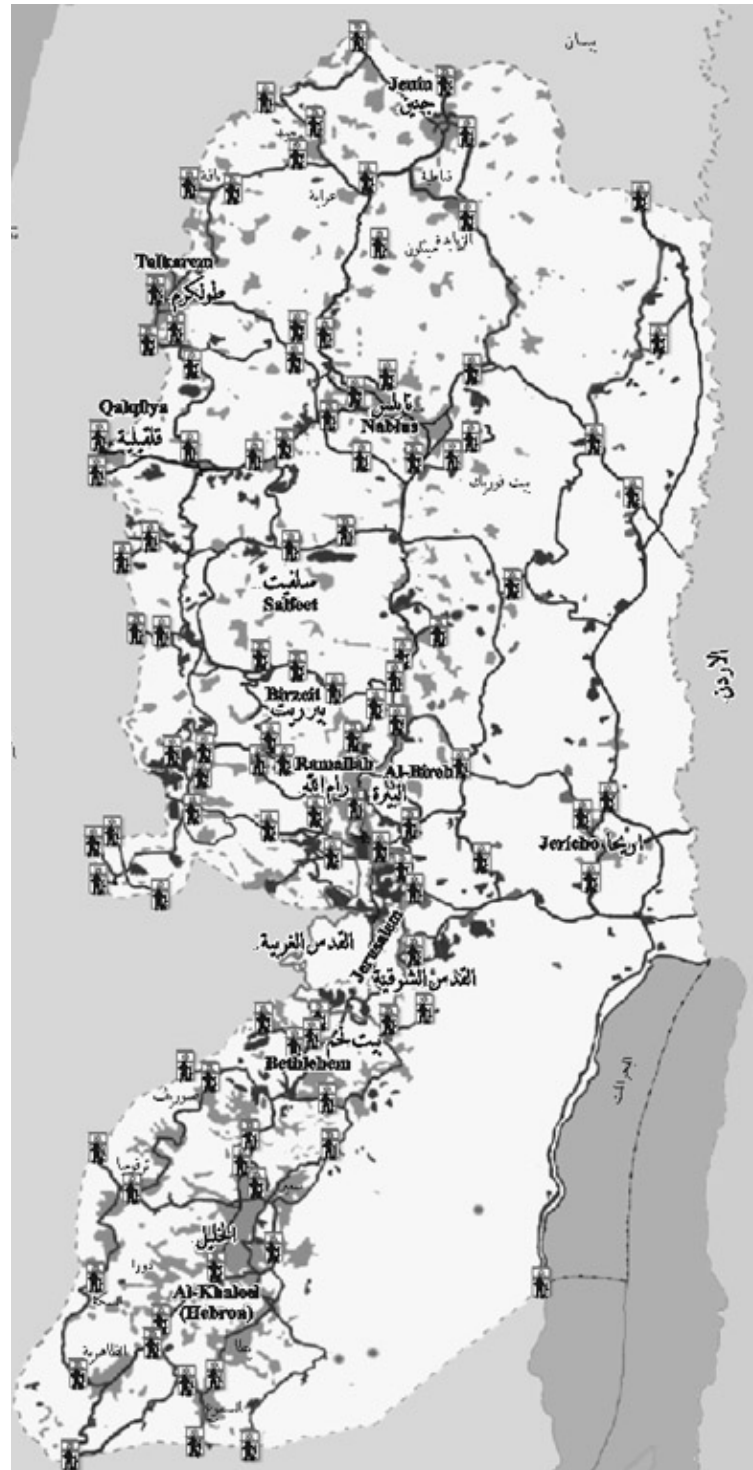
- Weder Tiere noch Futtermittel können planmäßig die Sperren passieren. Viele Tiere sterben elendig.
- Lebensmittel und Blumen verkommen bei der Hitze.
- Die Menschen können oft nicht an ihren Arbeitsplatz.

Würde, Kultur, Soziales

- Verwandte und Freunde können sich gar nicht oder nicht wirklich entspannt treffen.
- Spontaneität, die Voraussetzung für Kultur, unbekümmerte Kontakte und Lebensfreude wird im Keim erstickt.

Wahlen

- Wie sollen Wahlen durchgeführt werden, wenn die Menschen sich nicht frei bewegen dürfen?



Westbank



 Checkpoint

Kein Wasser für die Palästinenser(I)

Seit 1967 kontrolliert Israel alle Grundwasserspeicher westlich des Jordans, den Tiberias-See (See Genesareth) und weitgehend auch den Jordan und seine Zuflüsse. Seit 1982 werden palästinensische Orte mit dem israelischen Wasserleitungsnetz verbunden, das Trinkwasser wird zugeteilt ⁵⁾

Pro-Kopf-Verbrauch für israelische Siedler:	330 Liter/Tag	zu 0,3 Schekel/m ³
sonstige Israelis:	220 Liter/Tag	zu 0,8 Schekel/m ³
Palästinenser:	32 Liter/Tag	zu 4,6 Schekel/m ³ ⁶⁾

Weitere Umstände des ungleichen Wasserangebots:

Für Palästinenser:

- Ihre Wasserversorgung wird willkürlich für ganze Dörfer abgestellt. Sie erhalten z. B. nur einmal pro Woche für einige Stunden Wasser aus dem Leitungsnetz. ⁶⁾
- Im Jahr 2001 mussten laut der israelischen Menschenrechtsorganisation B'Tselem 215.000 Palästinenser abgefülltes Wasser kaufen. ²⁾
- Wegen der Militärsperren im Westjordanland erreichen nur wenige Tankwagen entferntere Dörfer, der Wasserpreis steigt dadurch auf bis zu 8/m³. ²⁾
- Israelische Behörden haben nahe Beit Lahia 50.000 Tonnen Chemie- und Militärabfälle versenkt, so dass der gesamte unterirdische Trinkwasservorrat Gazas von der Vergiftung bedroht ist. Schon jetzt ist die Qualität mangelhaft. ⁴⁾

Für Israelis:

- Es gibt keine Beschränkungen hinsichtlich Wasserverbrauch. Auch in Dürrezeiten werden Autos gewaschen, Rasen gesprengt und öffentliche Parks bewässert. ²⁾
- Von dem erneuerbaren (durch Regenfälle wieder auffüllbaren) Grundwasser der Westbank werden 81% an Israel und die israelischen Siedler der Westbank geliefert. ⁵⁾
- 40% des Wasservorrats des Gazastreifens bekommen die 6.000 israelischen Siedler dort, die restlichen 60% teilen sich die über 1 Millionen dort lebenden Palästinenser. ⁶⁾

Übermäßige Grundwasserentnahme durch Israel führte zur Absenkung des Grundwasserspiegels

Für Palästinenser:

- Da die israelische Militärregierung den Palästinensern nur eine Brunntiefe von 60 bis 150 m erlaubt, kommt es zum zeitweiligen oder völligen Versiegen vieler Brunnen. ⁵⁾
- Es werden kaum neue Brunnen genehmigt: von 1967 - 1995 nur 23 Brunnen für über 1 Million Palästinenser in der Westbank. ⁵⁾

Für Israelis:

- Die Brunnen der Israelis dürfen 100 bis 600 m tief sein, dadurch ist die Wasserförderung zu jeder Zeit möglich. ⁵⁾
- Israelis haben keine Schwierigkeiten, neue Bohrgenehmigungen für die Förderung von Grundwasser zu erhalten. ⁵⁾
- Von 1967-1995 baute die israelische Wassergesellschaft Mekorot 32 Brunnen für 140000 Siedler. ⁵⁾

Die Wasserversorgung bestimmt die Entwicklung in der Landwirtschaft:

Für Palästinenser:

- Die bewässerte landwirtschaftliche Fläche ging in den besetzten Gebieten stetig zurück. ⁶⁾
- Flüsse, die vor zwei Generationen ganzjährig der landwirtschaftlichen Bewässerung dienten, sind ganz oder zeitweilig ausgetrocknet, z.B. der Fluss al-Auscha im Gazastreifen. ¹⁾
- Durch die Grundwasserabsenkung fließt im Gazastreifen brackisches Meerwasser nach, das z. B. für die Bewässerung von Orangenplantagen unbrauchbar ist. ^{3,5)}

Für Israelis:

- Die bewässerte landwirtschaftliche Fläche stieg: 1949 = 30.000 ha, 1968 = 161.600 ha, 1987 = 215.300 ha. ⁵⁾
- Die nach 1967 aus so genannten 'strategischen Gründen' errichteten Siedlungen im Gazastreifen sind in Wirklichkeit landwirtschaftliche Großbetriebe mit sehr hohem Wasserverbrauch. ³⁾
- Jordanwasser aus dem Tiberias-See wurde südlich durch Israel bis in die Negev-Wüste umgeleitet, so dass auch hier Landwirtschaft möglich wurde.

1) W.Lechner/E.Kashi: Wo die Macht des Wassers Frieden stiftet, in Zeit-Magazin vom 22.03.1996, S. 14 ff

2) Frankfurter Rundschau vom 28.07.2001

3) Frank Bliss: Palästina, S. 51 ? 53

4) Victoria Waltz: Will uns die Presse in Deutschland nicht informieren?

5) Frau Dr. Sumaya Farhat Nasser in einer Fernsehsendung des WDR3, April 2002

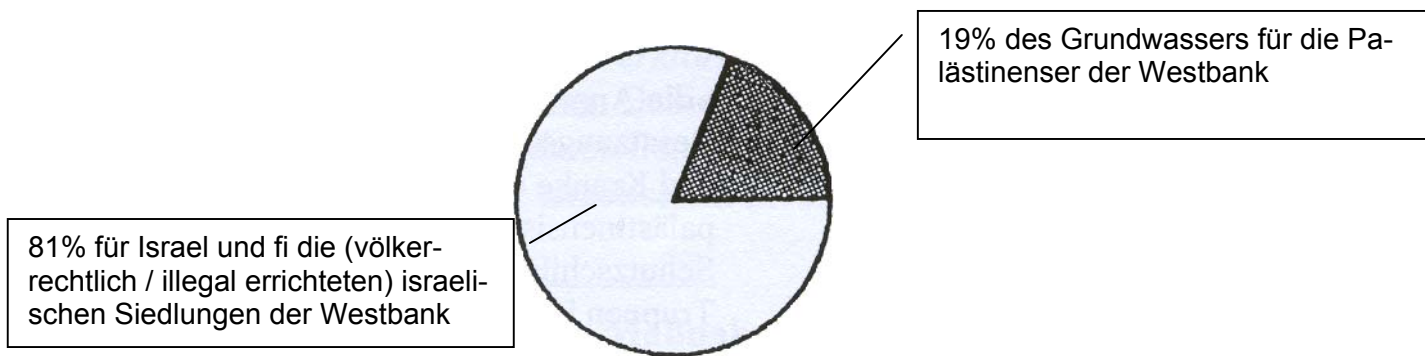
6) Beitrag aus der Neuen Zürcher Zeitung, veröffentlicht vom Friedensratschlag

Kein Wasser für die Palästinenser (II)

Die Genfer Konventionen und die Haager Landkriegsordnung verbieten einer Besatzungsmacht, in Besitzverhältnisse und Infrastruktur des besetzten Gebietes einzugreifen, z. B. bezüglich der Wasservorkommen. 1992 wurde Israel deshalb in einem UNO-Bericht kritisiert:

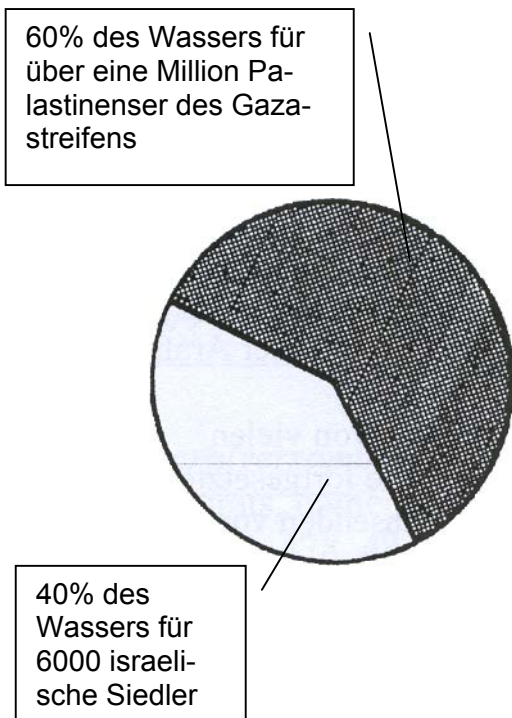
"Da die Wasserverwaltungs-Praktiken Israels administrative, politische und hydrologische Grenzen ignorieren, sind die israelischen Behörden in der Lage Wasser von einem Bassin oder Grundwasserspeicher zu einem anderen zu transferieren, sowohl innerhalb der Westbank oder von der Westbank in andere Gebiete."

Von den erneuerbaren **Grundwasservorkommen der Westbank** überlassen die israelischen Behörden den dort lebenden Palästinensern nur 19%, die übrigen 81% gehen an die israelischen Siedler bzw. werden direkt nach Israel umgeleitet.

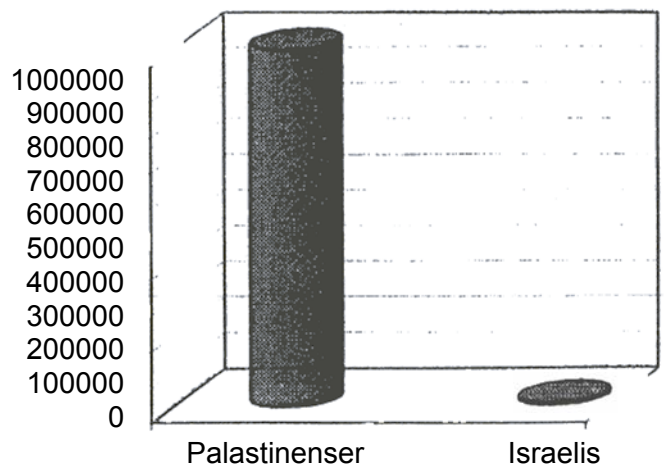


Aus dem **Grundwasserspeicher des Gazastreifens** erhalten die über 1 Million dort lebenden Palästinenser nur 60%, während den 6.000 israelischen Siedlern des Gazastreifens 40% zugeteilt wird.

Grundwasserzuteilung im Gazastreifen



Bevölkerungszahl im Gazastreifen



3. Mehrfache UNO-Aufforderungen zur Beendigung der Besatzung

Resolution der UN-Menschenrechtskommission

15. April 2002

Die Kommission bestätigt das

Recht des palästinensischen Volkes auf Widerstand

gegen die israelische Besatzung.

Sie verurteilt aufs Schärfste

- die Verletzung der Menschenrechte in den besetzten palästinensischen Gebieten durch die israelische Besatzungsmacht;
- die Besetzung der palästinensischen Gebiete durch Israel;
- den Krieg der israelischen Armee gegen die palästinensischen Städte und Flüchtlingslager, welcher zum Tod von hunderten von palästinensischen Zivilisten, darunter Frauen und Kinder geführt hat;
- die „Liquidierung“ bzw. die Exekutionen ohne Gerichtsurteil von Palästinensern durch die israelische Armee;
- den Bau neuer Siedlungen und die Ausdehnung schon vorhandener Siedlungen;
- die Landenteignung;
- die ungerechte Verwaltung der Wasserressourcen;
- den Bau von Umgehungsstraßen;
- die Enteignung von palästinensischen Häusern in Jerusalem;
- die Einziehung von Personalausweisen der Einwohner von Ost-Jerusalem;
- die Sondersteuern auf Produkte und die extrem überhöhten Gebühren, die dem Zweck

dienen, Palästinenser aus Jerusalem zu vertreiben;

- die Anwendung von Folter beim Verhör von Palästinensern;
- die Brandstiftung der Geburts-Kirche und der Omar Ibn Al-Khattab Moschee in Bethlehem und die Artillerieschüsse gegen die Al-Baik- und Al-Kabir- Moscheen in Nablus;
- die Angriffe der israelischen Besatzungsarmee gegen Krankenhäuser und Kranke und den Einsatz von palästinensischen Bürgern als lebende Schutzschilder beim Einmarsch israelischer Truppen in die palästinensischen Gebiete;
- den Beschuss von Krankentransporten und medizinischem Personal durch die israelische Armee;

Die Kommission ist tief besorgt

- über die Verschlechterung der Menschenrechtssituation;
- über die Einschränkung der Bewegungsfreiheit von Yasser Arafat;
- über die Verhaftung von vielen Palästinensern und die fortgesetzte Inhaftierung von Tausenden von Palästinensern. (...)

Quelle: *un.org*

Eigene Übersetzung, ATTAC-Hamburg AG Palästina

Resolutionen der UN-Generalversammlung

22. November 1967

Sicherheitsrat - Resolution 242 (1967)

Rückzug israelischer Streitkräfte aus (den) Gebieten, die im jüngsten Konflikt besetzt wurden

Der Sicherheitsrat, (...) verlangt,...

(i) Rückzug israelischer Streitkräfte aus (den) Gebieten, die während des jüngsten Konflikts besetzt wurden;

(ii) Beendigung aller Behauptungen oder Formen eines Kriegszustandes sowie die Beachtung und Anerkennung der Souveränität, der territorialen Unversehrtheit und politischen Unabhängigkeit eines jeden Staates in dem Gebiet und seines

Rechts, innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen in Frieden zu leben, frei von Drohungen und Akten der Gewalt; (...)

c) die territoriale Unverletzlichkeit und politische Unabhängigkeit eines jeden Staates in dieser Region durch Maßnahmen sicherzustellen, zu denen die Schaffung entmilitarisierter Zonen gehört; (...)

5. Mai 1997

A/RES/ES-10/2. Illegale israelische Maßnahmen im besetzten Ost-Jerusalem und in dem übrigen besetzten palästinensischen Gebiet

„Die Generalversammlung(...) 3. erklärt (..), dass die israelischen Siedlungen in allen seit 1967 von Israel besetzten Gebieten illegal sind und ein Hindernis für den Frieden darstellen; (...)"

20. Oktober 2000

ES-10/7. Illegale israelische Maßnahmen im besetzten Ost-Jerusalem und in dem übrigen besetzten palästinensischen Gebiet

„Die Generalversammlung(...) 5. erklärt erneut(..), dass die israelischen Siedlungen in dem besetzten palästinensischen Gebiet, einschließlich Jerusalems, illegal sind und ein Hindernis für den Frieden darstellen, und fordert die Verhütung illegaler Gewalttaten seitens der israelischen Siedler;(...)"

20. Dezember 2001

ES-10/8 Illegale israelische Maßnahmen im besetzten Ost-Jerusalem und in dem übrigen besetzten palästinensischen Gebiet

„Die Generalversammlung(...) erneut darauf hinweisend, dass die Besatzungsmacht Israel sich strickt an ihre rechtlichen Verpflichtungen und Verantwortlichkeiten aus dem Vierten Genfer Abkommen vom 12. August 1949 zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten halten muss, (..) 2. verurteilt alle Akte des Terrors, insbesondere diejenigen, die gegen Zivilpersonen gerichtet sind;(...)"

20. Dezember 2001

ES-10/9 Illegale israelische Maßnahmen im besetzten Ost-Jerusalem und in dem übrigen besetzten palästinensischen Gebiet

Die Generalversammlung(...) unter Hinweis auf die einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrats, namentlich die Resolutionen 237, 242, 271, 338, 446, 452, 465, 468, 469, 471, 476, 478, 484, 592, 605, 607, 608, 636, 641, 672, 673, 681, 694, 726, 799, 904 und 1322, (...) die Position der internationalen Gemeinschaft bekräftigend, dass die israelischen Siedlungen in dem besetzten palästinensischen Gebiet einschließlich Ost-Jerusalems illegal sind und ein Hindernis für den Frieden darstellen, (...)"

10. Dezember 2001

56/61 Israelische Siedlungen in dem besetzten palästinensischen Gebiet einschließlich Jerusalems und im besetzten syrischen Golan

Die Generalversammlung (...) mit dem Ausdruck ihrer ernsten Besorgnis über die Fortsetzung der Siedlungstätigkeit durch Israel (...) *erklärt erneut*, dass die israelischen Siedlungen in dem besetzten palästinensischen Gebiet einschließlich Jerusalems und in dem besetzten syrischen Golan un-

rechtmäßig sind und ein Hindernis für den Frieden und die wirtschaftliche und soziale Entwicklung darstellen; (...)"

10. Dezember 2001

56/62 Israelische Praktiken, die die Menschenrechte des palästinensischen Volkes in dem besetzten palästinensischen Gebiet einschließlich Jerusalems beeinträchtigen

Die Generalversammlung (...) besorgt über die anhaltende Verletzung der Menschenrechte des palästinensischen Volkes durch die Besatzungsmacht Israel, insbesondere über die Anwendung der kollektiven Bestrafung, der Abriegelung von Gebieten, die Annexion von Land und die Errichtung von Siedlungen (...)

verlangt, dass die unter Verletzung des Vierten Genfer Abkommens von 1949 ergriffenen Maßnahmen, einschließlich der Praxis außergerichtlichen Tötungen, unverzüglich eingestellt werden; *fordert* die Besatzungsmacht *außerdem auf*, alle Grundfreiheiten des palästinensischen Volkes uneingeschränkt zu achten;(...)

7. Mai 2002

ES-10/10. Illegale israelische Maßnahmen im besetzten Ost-Jerusalem und in dem übrigen besetzten palästinensischen Gebiet

Die Generalversammlung(...) ernsthaft besorgt über die zahlreichen Todesopfer und Verletzten unter den palästinensischen Bevölkerung sowie über die Zerstörung öffentlichen und privaten Eigentums, einschließlich Wohnhäusern und Einrichtungen der Palästinensischen Behörde, (...) *beklagend*, dass Israel die einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrats missachtet und betonend, dass es diesbezüglich volle Rechenschaft abzulegen hat, (...)

1. *verurteilt* die Angriffe, die die israelischen Besatzungstruppen in mehreren palästinensischen Städten, insbesondere im Flüchtlingslager Dschenin, auf die palästinensische Bevölkerung verübt haben; (...)

Insgesamt haben die Vereinten Nationen
63 Resolutionen in der Vollversammlung
8 Resolutionen im Sicherheitsrat
5 Resolutionen in anderen Gremien
zum Thema Israel/Palästine verabschiedet.

<http://www.palestine-un.org/res/frindex.html>

4. Frieden in Palästina und Israel

Israel: Armeereservisten verweigern Militärdienst in den besetzten Gebieten

„Refusniks“: Mut zur Verweigerung - Offener Brief von Soldaten "Combatant Letter 2002"

Wir, Offiziere der Reserve und Soldaten der israelischen Verteidigungsstreitkräfte, die wir mit den Prinzipien des Zionismus aufgewachsen sind, mit Opferbereitschaft und Hingabe für die israelische Bevölkerung und den Staat Israel, die wir alle an der Front gekämpft haben, die wir immer die ersten waren, wenn es galt einen Kampfauftrag, sei er leicht oder schwierig, auszuführen, um den Staat Israel zu schützen und zu stärken.

Wir, kampferfahrene Offiziere und Soldaten, die wir dem Staat Israel jedes Jahr viele Wochen gedient haben, trotz der Opfer, die dies für unser Privatleben bedeutete, versahen überall in den besetzten Gebieten unseren Reserve-Dienst. Wir mussten Aufträge ausführen und Befehlen folgen, die nichts mit der Sicherheit unseres Staates zu tun hatten und die nur einen Zweck hatten: unsere Kontrolle über die palästinensische Bevölkerung auf Dauer zu sichern. Wir, deren Augen den Blutzoll gesehen haben, den diese Besetzung von beiden Seiten fordert.

Wir, die wir spüren, dass unsere Kommandoaktionen in den besetzten Gebieten alle Werte zerstö-

ren, mit denen wir in diesem Lande aufgewachsen sind.

Wir, die wir jetzt begreifen, dass der Preis der Besetzung der Verlust der Menschlichkeit der israelischen Verteidigungsstreitkräfte und die Korruption der gesamten israelischen Gesellschaft ist.

Wir, die wir begreifen, dass die besetzten Gebiete nicht Israel sind und dass alle Siedlungen letztlich geräumt werden müssen.

Wir erklären hiermit, dass wir nicht länger diesen Krieg um Siedlungen fortführen dürfen.

Wir dürfen den Kampf jenseits der Grenzen von 1967 nicht fortsetzen, um dort ein ganzes Volk zu beherrschen, zu vertreiben, auszuhungern und zu demütigen.

Wir erklären hiermit, dass wir weiterhin den israelischen Verteidigungsstreitkräften dienen werden, bei jedem Auftrag, der Israels Verteidigung dient.

Die Befehle zu Besetzung und Unterdrückung dienen nicht diesem Zweck - und wir werden sie nicht ausführen.

Übersetzung: Wolfgang Kuhlmann www.friedensratschlag.de

Siebenundzwanzig Piloten der israelischen Luftwaffe, davon neun aktive, haben in einem Brief an die israelische Tageszeitung Ha'aretz erklärt:

„Wir, ehemalige und aktive Piloten, die dem Staate Israel gedient haben und noch dienen, sind dagegen, rechtswidrigen und unmoralischen Angriffsbefehlen des Typs zu folgen, wie Israel sie in den [besetzten] Gebieten ausführt... Wir, für die die IDF [die israelischen Verteidigungsstreitkräfte] und die Luftwaffe einen integralen Bestandteil ihres Seins darstellen, weigern uns, weiter unschuldige Zivilisten zu treffen ... Die fortgesetzte Besetzung verletzt zutiefst die Sicherheit des Landes“ und sein moralisches Rückgrat.

Ha'aretz 24.09.2003

Frieden in Palästina und Israel

Vorschlag der israelischen Friedensgruppe Gush-Shalom

Mit einem neuen Verständnis der Vergangenheit und der Gegenwart muss das neue Friedenslager einen Friedensplan erarbeiten, der auf folgenden Grundlagen beruht:

Neben Israel wird ein unabhängiger und freier Palästinastaat gegründet. Die "Grüne Linie" wird die Grenze zwischen den beiden Staaten. Mit Zustimmung beider Seiten ist ein begrenzter Gebietsaustausch möglich.

Die israelischen Siedlungen auf dem Territorium des Palästinastaates werden geräumt.

Die Grenze zwischen den beiden Staaten wird nach einer zwischen beiden Seiten vereinbarten Regelung für die Bewegung von Personen und Gütern offen sein.

Jerusalem wird die Hauptstadt beider Staaten - West-Jerusalem die Hauptstadt Israels und Ost-Jerusalem die Hauptstadt Palästinas. Der Staat Palästina wird die vollständige Souveränität in Ost-Jerusalem besitzen, einschließlich des Haram al-Sharif (Tempelberg). Der Staat Israel wird die volle Souveränität in West-Jerusalem besitzen, einschließlich der West-Mauer ("Klagemauer") und des jüdischen Viertels. Beide Staaten werden ein Abkommen über die physische Einheit der Stadt auf Verwaltungsebene schließen.

Israel wird prinzipiell das Recht der Palästinenser auf Rückkehr als ein unveräußerliches Menschenrecht anerkennen. Die praktische Lösung des Problems wird durch ein Abkommen erreicht, das auf gerechten, fairen und praktischen Erwägungen beruht und die Rückkehr auf das Gebiet des Staates Palästina, auf das Gebiet des Staates Israel und Entschädigungen einschließt.

Die Wasservorkommen werden gemeinsam kontrolliert und in einem gleichberechtigten und fairen Abkommen zugeteilt.

Die Sicherheit beider Staaten wird in einem zweiseitigen Abkommen garantiert, das die spezifischen Sicherheitsinteressen Israels wie Palästinas berücksichtigt.

Israel und Palästina werden mit andern Staaten der Region zusammenarbeiten, um eine Nahost-Gemeinschaft nach dem Modell der Europäischen Union zu errichten.

Die Unterzeichnung eines Friedensabkommens und dessen ehrliche Umsetzung wird zur historischen Versöhnung zwischen den beiden Nationen führen, die auf Gleichheit, Zusammenarbeit und gegenseitiger Achtung beruht.

(aus: 80 Thesen für ein neues Friedenslager, April 2001)



Die Palästinensische Friedensvision

von Jassir Arafat

The New York Times, 3. Februar 2002

RAMALLAH. Seit sechzehn Monaten sind Israelis und Palästinenser in einem katastrophalen Zyklus der Gewalt gefangen, einem Zyklus, der nur noch mehr Blutvergießen und Angst verspricht. Dieser Zyklus hat viele zu dem Schluß kommen lassen, daß ein Frieden unmöglich ist, zu einem Mythos, der aus der Ignoranz der palästinensischen Position herrührt. Jetzt ist die Zeit gekommen, daß die Palästinenser deutlich die palästinensische Vision darlegen und daß die Welt aufmerksam zuhört.

Aber lassen Sie mich zuerst eins ganz klar sagen. Ich verurteile die Angriffe, die von terroristischen Gruppen gegen israelische Zivilisten ausgeführt werden. Diese Gruppen repräsentieren nicht das palästinensische Volk oder sein legitimes Streben nach Freiheit. Das sind terroristische Organisationen, und ich bin fest entschlossen, ihren Aktivitäten ein Ende zu setzen.

Die palästinensische Friedensvision ist ein unabhängiger und lebensfähiger palästinensischer Staat auf den von Israel 1967 besetzten Gebieten, der als gleichberechtigter Nachbar neben Israel in Frieden und Sicherheit für das israelische wie für das palästinensische Volk gedeiht. Im Jahre 1988 nahm der Palästinensische Nationalrat eine historische Resolution an, in der die Durchsetzung der relevanten UN-Resolutionen, insbesondere der Resolutionen 242 und 338 eingefordert wurde. Die Palästinenser erkannten Israels Existenzrecht auf 78 Prozent der Fläche des historischen Palästinas an unter der Bedingung, daß es uns erlaubt sein würde, auf den verbleibenden 22 Prozent, die seit 1967 unter israelischer Besatzung stehen, in Freiheit zu leben. Unsere Festlegung auf diese Zwei-Staaten-Lösung bleibt unverändert, aber sie bleibt leider auch unerwidert.

Wir begehren echte Unabhängigkeit und volle Souveränität: das Recht, unseren eigenen Luftraum, die Wasservorräte und die Grenzen zu kontrollieren; das Recht, unsere eigene Wirtschaft zu entwickeln, normale Wirtschaftsbeziehungen mit unseren Nachbarn zu unterhalten und das Recht, frei zu reisen. Kurz, wir begehren nur das, was die freie Welt gegenwärtig besitzt und was Israel nur für sich selbst beansprucht: das Recht, unser Schicksal zu bestimmen und unseren Platz unter den freien Nationen einzunehmen.

Darüber hinaus begehren wir eine faire und gerechte Lösung für die Misere der palästinensi-

schen Flüchtlinge, denen es seit 54 Jahren nicht erlaubt wird, in ihre Heimat zurückzukehren. Wir verstehen die demographische Besorgnis Israels und sehen ein, daß das Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge, ein Recht, das nach internationalem Gesetz und nach UN-Resolution 194 garantiert ist, auf eine Weise durchgesetzt werden muß, die auf diese Besorgnisse Rücksicht nimmt. Doch ebenso wie wir Palästinenser hinsichtlich der demographischen Wünsche Israels realistisch sein müssen, muß auch Israel realistisch sein und begreifen, daß es keine Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts geben kann, wenn die legitimen Rechte dieser unschuldigen Zivilisten weiterhin ignoriert werden. Eine ungelöste Flüchtlingsfrage hat das Potential, jedes dauerhafte Friedensabkommen zwischen Palästinensern und Israelis zu unterminieren. Wie soll ein palästinensischer Flüchtling verstehen, daß sein oder ihr Recht auf Rückkehr nicht respektiert wird, aber das der Kosovo-Albaner, der Afghanen und Ost-Timoresen respektiert worden ist?

Es gibt einige, die behaupten, ich sei kein Friedenspartner. Als Antwort darauf sage ich, Israels Friedenspartner ist und ist immer gewesen das palästinensische Volk. Frieden ist kein unterzeichnetes Abkommen zwischen Einzelpersonen, er ist die Versöhnung zwischen Völkern. Zwei Völker können sich nicht versöhnen, wenn eines die Kontrolle über das andere verlangt, wenn eines sich weigert, das andere als Friedenspartner zu behandeln, wenn eines mehr der Logik der Macht als der Macht der Logik folgt. Israel muß erst noch begreifen, daß es keinen Frieden haben kann, solange es Gerechtigkeit versagt. Solange die Okkupation palästinensischen Bodens andauert, solange man Palästinensern die Freiheit verweigert, wird der Weg zum "Frieden der Mutigen", den ich mit meinem ehemaligen Partner Jitzhak Rabin eingeschlagen habe, mit Hindernissen übersät sein.

Dem palästinensischen Volk ist seine Freiheit viel zu lange verweigert worden, und es ist das einzige Volk auf der Welt, das noch unter fremder Besatzung lebt. Wie ist es möglich, daß die ganze Welt diese Unterdrückung, Diskriminierung und Demütigung toleriert? Das Osloer Abkommen von 1993, unterzeichnet auf dem Rasen des Weißen Hauses, versprach den Palästinensern die Freiheit bis spätestens Mai 1999. Statt dessen hat das palästinensische Volk seit 1993 eine Verdopplung der israelischen Siedler, die Erweiterung illegaler israelischer Siedlungen auf palästinensischem Boden

und stärkere Einschränkungen seiner Bewegungsfreiheit erfahren. Wie kann ich mein Volk davon überzeugen, daß Israel es mit dem Frieden ernst meint, während es das vergangene Jahrzehnt über die Kolonisierung palästinensischen Bodens intensiviert, von dem es sich in Verhandlungen angeblich zurückziehen wollte?

Aber kein Grad der Unterdrückung und keine Stufe der Verzweiflung kann die Tötung unschuldiger Zivilisten rechtfertigen. Ich verurteile den Terrorismus. Ich verurteile die Tötung unschuldiger Zivilisten, seien es Israelis, Amerikaner oder Palästinenser, gleichgültig ob sie von palästinensischen Extremisten, israelischen Siedlern und durch die israelische Regierung getötet wurden. Aber Verurteilungen halten den Terrorismus nicht auf. Um den Terrorismus zu stoppen, müssen wir begreifen, daß der Terrorismus nur das Symptom, nicht die Krankheit ist.

Die persönlichen Angriffe gegen mich, die zur Zeit in Mode sind, mögen sehr wirksam sein, den Israelis eine Rechtfertigung dafür zu liefern, daß sie ihre eigene Rolle bei der Herbeiführung der gegenwärtigen Situation ignorieren. Aber diese Angriffe tragen wenig dazu bei, den Friedensprozeß voranzubringen und sie sind tatsächlich auch nicht dazu gedacht. Viele glauben, daß Israels Ministerpräsident Ariel Scharon, in Anbetracht seiner Gegnerschaft gegenüber jedem von Israel jemals unterzeichneten Friedensvertrag, Öl in das Feuer der Unruhen gießt in dem Bemühen, eine Rückkehr zu Verhandlungen auf unbestimmte Zeit zu verschieben. Bedauerlicherweise hat er wenig dazu getan, ihnen das Gegenteil zu beweisen. Die Praktiken der israelischen Regierung des Siedlungsbaus, der Zerstörung von Häusern, der politischen Morde, der Abriegelungen und des schändlichen Schweigens angesichts der Gewalttätigkeiten israelischer Siedler und anderer tagtäglicher Erniedrigungen sind eindeutig nicht darauf gerichtet, die Lage zu beruhigen.

Die Palästinenser haben eine Friedensvision: Es ist ein Frieden auf der Grundlage der vollständigen Beendigung der Okkupation und der Rückkehr zu den Grenzen Israels von 1967, der Teilhabe an ganz Jerusalem als einer offenen Stadt und als Hauptstadt von zwei Staaten, von Palästina und Israel. Es ist ein warmer Frieden zwischen zwei

Gleichgestellten, die sich einer beiderseitig vorteilhaften wirtschaftlichen und sozialen Kooperation erfreuen. Trotz der brutalen Unterdrückung der Palästinenser in den vergangenen vier Jahrzehnten kann, so glaube ich, wenn Israel die Palästinenser als Gleichgestellte ansieht und nicht als unterworfenen Volk, dem es seinen Willen aufzwingen kann, eine solche Vision Wirklichkeit werden. Und sie muß es.

Die Palästinenser sind bereit, den Konflikt zu beenden. Wir sind bereit, uns jetzt mit jedem israelischen Führer, ungeachtet seiner Vergangenheit, zusammzusetzen und Freiheit für die Palästinenser, eine vollständige Beendigung der Okkupation, Sicherheit für Israel und kreative Lösungen für die Misere der Flüchtlinge unter Beachtung der demographischen Besorgnisse Israels auszuhandeln. Aber wir werden nur als Gleichgestellte, nicht als Bittsteller Platz nehmen, als Partner, nicht als Untertanen, als Sucher einer gerechten und friedlichen Lösung, nicht als besiegte Nation, die dankbar ist für jeden Brocken, der uns vorgeworfen wird. Denn trotz Israels überwältigenden militärischen Vorteils besitzen wir etwas noch größeres: die Macht der Gerechtigkeit.



Jassir Arafat wurde 1996 zum Präsidenten der Palästinensischen Behörde gewählt und war ebenfalls Vorsitzender der Palästinensischen Befreiungsorganisation.

Übersetzung aus dem Englischen: Wolfgang Buddrus
Quelle: <http://www.palaestina.ch/d/report/jassir.html>

Stimmen zu den Osloer Verträgen (1993) und dem Camp David Treffen (2000)

Michael Warschawski (Alternative Information Center, Israel):

„Wie man keine Konflikte löst – der Fall Israel-Palästina

Der Oslo Prozess ist ein klares Beispiel dafür, wie man einen internationalen Konflikt NICHT löst.

Er schlug aus folgenden Gründen fehl:

- Er basierte auf der Annahme eines „Konflikts“ (wie bei zwei miteinander kämpfenden Kindern) und nicht auf der einer Besetzung.
- Im Endergebnis wurde davon ausgegangen, dass die beiden Seiten symmetrisch seien und nicht dass die eine Seite die andere dominiert.
- Das Konzept von Rechten (inklusive der UN Resolutionen, internationale Konventionen) wurde von den Verhandlungen ausgeschlossen und durch „Kompromisse“ ersetzt.
- Es gab keine internationale Garantie, die ungleiche Kräfterelation auszugleichen und die Umsetzung der unterschriebenen Vereinbarungen sicherzustellen.

In einem solchen Rahmen würde jede „Lösung“ des israelisch-palästinensischen Konfliktes eine palästinensische Kapitulation erfordern. Die Tatsache, dass die Palästinenser das israelische Diktat nicht akzeptieren, führt dazu, dass die Kapitulation militärisch erzwungen wird.“

(Beitrag auf dem Welstsozialforum in Porto Alegre 2003)

Uri Avneri: 12 gebräuchliche Lügen über Israel und Palästina, 21.10.2000

Lüge Nr. 3: "Arafat ließ Camp David platzen."

Am Tag vor seiner Abreise zum Gipfel gab Barak fünf so genannte "Rote Linien" bekannt, die er unter keinen Umständen überschreiten wollte. Darunter waren: die israelische Souveränität über die ganze Altstadt von Jerusalem, keine Rückkehr zu den Grenzen von 1967, 80 Prozent der Siedler sollten bleiben, wo sie waren, keine Rückkehr auch nur eines einzigen Flüchtlings nach Israel! Später weichte er einige dieser Essentials auf, allerdings nicht genug, um auch nur in die Nähe einer Vereinbarung zu kommen.

Lüge Nr. 4: "Immer müssen wir geben, geben, geben. Arafat gibt überhaupt nichts."

Als die Palästinenser einer Friedensregelung zustimmten, die auf der Grenzziehung vor 1967 beruhte (die Grüne Linie), gaben sie schon von vorneherein 78 Prozent ihres Lands zwischen dem Meer und dem Jordan auf. Sie sind bereit ihren Staat auf den restlichen 22 Prozent zu errichten. (...) Das Problem lässt sich aber nicht nur in Prozentpunkten ausdrücken. Barak scheint lediglich 10 Prozent vom besetzten Gebiet zu verlangen. Berücksichtigt man aber die Gebiete, die er im Großraum Jerusalem annekieren und im Jordantal unter seine "Sicherheitskontrolle" stellen will, sind es in Wirklichkeit fast 30 Prozent. Was aber noch schlimmer ist: Nach der Landkarte, die er den Palästinensern vorlegte, würden diese Prozentpunkte das Land von Osten nach Westen und von Norden nach Süden zerschneiden, sodass der Palästinenser-Staat aus einer Vielzahl von Inseln bestehen würde, von denen jede von israelischen Siedlern und Soldaten umgeben wäre.

Lüge Nr. 12: "Wir haben keinen Partner für den Frieden."

Richtig, wir haben keinen Partner für einen Frieden, der den Palästinensern die Kapitulation vor einem israelischen Ultimatum abverlangt. Wir haben sehr wohl einen Partner für einen Frieden, wenn er auf Gleichheit und gegenseitigem Respekt beruht.

(Auszüge, aus dem Englischen: Peter Strutynski, Friedensratschlag.de)

"Camp David war ein Diktat"

Dr. Ilan Pappé, Jahrgang 1954, ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität von Haifa (Israel) und Leiter des dortigen Instituts für Konfliktforschung



„Der einzige Weg für die Israelis, sich sicher zu fühlen und sicher zu sein, ist – recht einfach –, die 35-jährige israelische Besetzung von palästinensischem Territorium zu beenden. Die Israelis müssen den Mythos aufgeben, wonach es möglich ist, gleichzeitig Frieden und Besetzung zu haben, wonach friedliche Koexistenz zwischen dem Sklaven und dem Meister möglich ist. Der Mangel an Sicherheit für die Israelis entsteht aus dem Mangel an Freiheit für die Palästinenser. Israel wird seine Sicherheit erst nach dem Ende der Besetzung haben, nicht vorher. Sobald Israel und der Rest der Welt diese grundsätzliche Wahrheit einmal verstehen, wird der Ausweg klar: Beendet die Besetzung, erlaubt den Palästinensern, in Freiheit zu leben, und lasst die beiden unabhängigen und gleichberechtigten Nachbarn eine friedliche Zukunft mit engen kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen aushandeln.“

Marwan Barghuti, Mitglied der Palästinensischen Nationalversammlung und Fatah-Generalsekretär, im Januar 2002. Vor einem Jahr wurde er von israelischen Soldaten entführt und wird seitdem gefangen gehalten.

(Quelle: www.friedensratschlag.de)

Stoppt den Mauerbau!



Frauen In Schwarz, Hamburg

Auf friedliche Potestaktionen reagiert das israelische Militär mit Tränengas, Verhaftungen, Verletzungen und sogar Tötung.

Viele Dörfer werden unter eine 24-ständige Ausgangssperre gestellt, während die Planiertrauen ihr Land völlig zerstören für den Bau der Mauer. Ein palästinensischer Teilnehmer an einem internationalen Friedenscamp: *"Ich kann überhaupt nicht mehr denken, Ich bin seit 10 Tagen und Nächten in diesem Camp, ohne meine Familie gesehen zu haben, Bei jedem Baum, den sie abschlagen erinnere ich mich daran, wie ich mit meinen Eltern und Großeltern unter ihm gesessen habe. Und doch ziehe ich es vor, hier im Camp zu bleiben als nach Hause zu gehen zu meinen Kindern, ohne etwas zu essen für sie zu haben, ohne Hoffnung für die Zukunft."*

Wo bleibt der internationale Protest?

R. zur Nieden, www.womenspeacepalestine.org

Nicht in unserem Namen!

Brief von israelischen Friedensorganisationen an die israelische Regierung, 25. Januar 2004

(...) Die Mauer, die Sie errichten, raubt nicht nur Hunderttausenden von Palästinensern Land und Lebensunterhalt, sondern beseitigt auch wesentliche Ressourcen Ihrer eigenen zunehmend verarmten und verzweifelten Gesellschaft.

Wenn Ihre Regierung aufrichtig die Beendigung des Terrorismus und die Sicherheit für unser Volk wünschten, hätte sie sich aktiv in einem politischen Prozess engagiert und von einem einseitigen Akt des Baus einer Mauer, die nur die Okkupation und den Konflikt weiterführt, abgesehen. Auf diese Art hätten Sie den Sumpf des Elends, des Hasses und der Unterdrückung ausgetrocknet, welche die Anschläge motivieren und unser Leben gefährden. Dies könnte uns sogar von der Vorstellung bewahren, dass wir solch eine Mauer nötig hätten.

Es gibt keine andere Schlussfolgerung, als dass Ihr wahres Ziel der Errichtung der Mauer entlang ihres gegenwärtigen aufdringlichen und inakzept-

Stoppt den Mauerbau
Die Kampagne, die vom Netzwerk der Palästinensischen Umwelt-NGOs PENGON (Palestinian Environmental NGOs Network's) - www.pengon.org koordiniert wird, spricht sich aus für

1. die sofortige Beendigung des Mauerbaus,
2. den Abbau aller Teile der Mauer und der bereits dafür gebauten Zäune,
3. die Rückgabe des Landes, das für den Mauerbau konfisziert wurde und
4. die Entschädigung für die in diesem Zusammenhang entstandenen Einkommensverluste und für zerstörtes Land und Eigentum

Weiterführende Informationen: www.stopthewall.org,





www.newprofile.org,

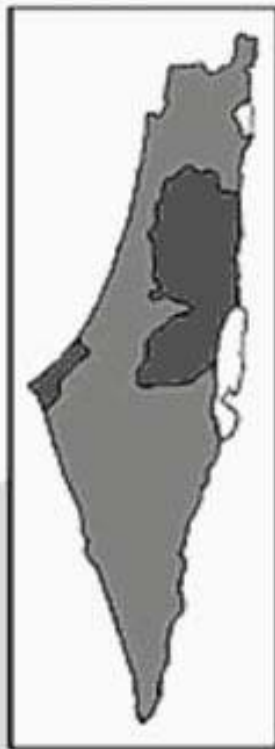
Koordinierung in Deutschland: www.freepalestine.de



Die "Trennungsmauer"

0 10 20 Km

-  Grüne Linie / Grenze zu Jordanien
-  Mauer im Bau / festgelegter Mauerverlauf
-  Vorgeschlagener Mauerverlauf
-  Gebiete innerhalb der Mauer
-  Gebiete aussorhalb der Mauer
-  Enklaven



West Bank und Gazastreifen
1967 von Israel besetzt
(22% des ursprünglich
palästinensischen Gebietes)



Quelle: www.gush-shalom.org

Die Westbank und der Gazastreifen, von Israel 1967 besetzt, umfassen 22 % des historischen Palästina. Mit der Unterzeichnung des Osloer Abkommens erkannten die Palästinenser den Staat Israel auf 78 % der Fläche des historischen Palästina an (Grüne Linie).

Die Roadmap: Statt Fahrplan zum Frieden - Weg in die Sackgasse

Ist die Roadmap, der Friedensplan des sog. Nahost-Quartetts¹ für die Lösung des Israel-Palästina-Konflikts, kaum vier Monate nach ihrer Inkraftsetzung schon gescheitert?

Tatsache ist: Mit dem Konzept der Roadmap kann es keinen gerechten Frieden für die Palästinenser geben.

1. Die Bedingungen und Verpflichtungen, die den beiden Parteien zum Erreichen des Friedensziels auferlegt werden, sind extrem ungleichgewichtig: Die Palästinenser, die weitaus schwächere Partei, hat die meisten Vorleistungen zu erbringen; die Forderungen an sie sind hart und deutlich formuliert. Die Hauptbedingung für die Palästinenser in Phase I, in ständiger Wiederholung förmlich eingehämmert, ist: "Gewalt und Terrorismus umgehend und bedingungslos einzustellen" und "die Infrastruktur der Terroristen zu zerschlagen".

Damit wird der palästinensische Widerstand gegen die israelische Besatzung in seiner ganzen Breite pauschal als "Terrorismus" diffamiert und kriminalisiert, und es wird unterstellt, der palästinensische Widerstand sei das Grundproblem des Konflikts und nicht die nun schon 36 Jahre andauernde israelische Besatzung der Israelis mit all ihren Unterdrückungsmechanismen.

Die geforderte "Zerschlagung" der "terroristischen Infrastruktur" liefe zudem auf einen Bürgerkrieg und letztlich auf eine totale Kapitulation hinaus, diese Forderung ist deshalb für die Palästinenser a priori unerfüllbar.

Von Israel wird in vager Formulierung nur gefordert, "alles zu unterlassen, was das Vertrauen untergraben könnte". Im Folgenden werden zwar einzelne Maßnahmen wie Ausweisungen, Angriffe auf Zivilisten und Häuserzerstörung genannt, diese sollen aber nur als "Strafmaßnahme und zur Erleichterung von Bautätigkeit" unterlassen werden.

Andererseits wird der israelischen Regierung das Recht zugestanden, "unterstützende Maßnahmen" zur "Bekämpfung des Terrors" durchzuführen. Dies wird von Israel so interpretiert, dass es doch weiterhin seine Politik der gezielten Liquidierungen von führenden palästinensischen Persönlichkeiten, Häuserzerstörungen, Razzien und Verhaftungen durchführen kann - immer mit der Maßgabe, dass die Palästinenser ja die Forderung nach Zerschlagung des Terrors nicht erfüllten.

2. Ebenso gegen die Interessen der Palästinenser gerichtet sind die Paragraphen, in denen es um die israelischen Siedlungen und den Rückzug der israelischen Armee aus den besetzten Gebieten geht. Siedlungen: Von Israel wird nur verlangt, "Siedlungsaußenposten abzubauen, die seit März 2001 entstanden sind" und die "Siedlungsaktivitäten einzustellen". Von der Räumung aller Siedlungen, einer Grundbedingung für jeden gerechten Frieden, ist keine Rede, die Hauptsiedlungsblöcke bleiben wo sie sind. Außerdem wird so suggeriert, nur die genannten Außenposten seien illegal, nicht aber die 200 anderen ebenfalls völkerrechtswidrigen Siedlungen².

Rückzug der Armee: In schwammiger und vager Formulierung heißt es in § 10: "Mit fortschreitender Verbesserung der allgemeinen Sicherheitslage ziehen sich die israelischen Streitkräfte mehr und mehr aus den seit dem 28. September 2000 besetzten palästinensischen Gebieten zurück". Dies bedeutet: Israel bestimmt allein und willkürlich, wann und wohin sich die Armee zurück zieht. Von einer endgültigen Beendigung der Besatzung des gesamten Westjordanlands und Gazastreifens, ebenfalls einer der Grundbedingungen für echten Frieden, ist erst im letzten Abschnitt der Roadmap die Rede und auch hier nur vage im Rahmen von Endstatusverhandlungen und -vereinbarungen.

3. Der palästinensische Staat: Als Ziel des Friedensfahrplans wird zwar die Entstehung eines "unabhängigen, demokratischen und lebensfähigen" palästinensischen Staates genannt, aber wie dieser Staat letztlich aussehen soll, bleibt nach dem oben Gesagten völlig unklar. Für die zweite Phase des Fahrplans ist zunächst nur ein Staat in "vorläufigen" Grenzen mit "maximaler territorialer Zusammengehörigkeit" und "Merkmale der Souveränität" vorgesehen, dies wird aber nicht näher erläutert. Auch hier ist also israelischer Willkür Tür und Tor geöffnet.

Andererseits wird für die Errichtung dieses "Staates" von den Palästinensern wieder eine Fülle von Vorleistungen verlangt: Etablierung einer "Führung, die entschieden gegen den Terror vorgeht", die "förmliche Einrichtung eines Amtes des Premierministers", umfassende politische Reformen und die Durchführung von "freien, ergebnisoffenen und fairen Wahlen".

Dazu wäre eine allgemeine Bewegungsfreiheit aller Palästinenser nötig. Bewegungsfreiheit ist in der Roadmap aber nur für Kandidaten und amtliche Wahlhelfer vorgesehen, für alle anderen gelten

¹USA,EU,Russland, UN

²In mehreren Resolutionen der UN-Generalversammlung werden **alle** diese Siedlungen als illegal, als Hindernis für den Frieden und als Menschenrechtsverletzung bezeichnet, z.B. in RES/ES -10/2 vom 5. Mai 1997, ES -10/7 vom 20. Oktober 2000, ES-10/9 vom 20. Dezember 2001

nach wie vor die drastischen Einschränkungen durch Checkpoints und Roadblocks (Straßenblockaden), deren Entfernung die Roadmap nicht fordert.

Eine in diesem Zusammenhang wiederum mehrfach wiederholte Forderung an die Palästinenser sind "fortgesetzte umfassende Anstrengungen zur Gewährleistung von Sicherheit" - für Israel, versteht sich! Dazu sollen alle palästinensischen Sicherheitskräfte nach detaillierten Maßgaben "umstrukturiert" und "fortgebildet" werden.

Die wichtigen und für einen echten Frieden ebenfalls entscheidenden Fragen: Flüchtlinge und Status von Jerusalem werden wie die Frage der Staatsgrenzen auf die Endstatusverhandlungen verschoben.

4. Zum Flüchtlingsproblem heißt es lediglich, dass man bei den Endstatusverhandlungen eine "gerechte, faire und realistische Lösung" suchen sollte, von dem internationalen verbrieften Recht der palästinensischen Flüchtlinge auf Rückkehr und einer Anerkennung der Verantwortung für das Flüchtlingsproblem durch Israel ist keine Rede.
5. Die Lösung der Jerusalemfrage "durch Verhandlungen" bedeutet nichts anderes, als dass Jerusalem als Verhandlungsobjekt und nicht als besetzt und widerrechtlich annektiert betrachtet wird.
6. Wasserressourcen: Über die für die Palästinenser lebenswichtige Frage der Nutzung der Wasservorkommen wird nichts Konkretes gesagt, das heißt, Israel kann weiter wie bisher die Wasserressourcen auf palästinensischem Boden für sich ausbeuten.
7. Die vielen Tausenden immer noch in israelischen Gefängnissen festgehaltenen palästinensischen Gefangenen, unter denen Hunderte Kinder und Jugendliche sind, werden in der Roadmap überhaupt nicht erwähnt.
8. Schließlich enthält die Roadmap Passagen, die auf eine umfassende Kontrolle des Geldflusses nach Palästina hinauslaufen. Für Israel gibt es eine solche Kontrolle, z. B. der massiven finanziellen Unterstützung durch die USA, nicht.

Fazit: Diese Roadmap ist kein Fahrplan zu einem gerechten Frieden, sondern ein "Befriedungsfahrplan" einseitig zu Lasten der Palästinenser, der keine der berechtigten Forderungen der Palästinenser berücksichtigt, aber ganz im Interesse Israels liegt, das ungehindert mit seiner bisherigen Besatzungs-, Siedlungs- und Vertreibungspolitik fortfahren kann.

Genau das ist auch geschehen:

Es hat den Palästinensern nichts genützt, dass sie durch die Einsetzung des Premierministers Abu Mazen (Mahmoud Abbas) der Forderung nach Umbau ihrer Regierung nachkamen und dass die beiden großen Widerstandsgruppen Hamas und Islamischer Dschihad einen Waffenstillstand (Hudna) ausriefen. Fast alle palästinensischen Gebiete blieben weiterhin besetzt, gezielte Tötungen, Razzien, Festnahmen, Häuserzerstörungen durch die israelische Armee gingen ungehindert weiter, und vor allem wurde und wird die **Trennungsmauer** in beschleunigtem Tempo errichtet, für die umfangreiche palästinensische Ländereien konfisziert, Obst- und Olivenbäume entwurzelt und zahlreichen palästinensischen Dörfern ihre Lebensgrundlagen genommen wurden. Von den Siedlungsaußenposten wurden - mit großem propagandistischem Aufwand! - einige wenige geräumt, an ihrer Stelle entstanden jedoch neue Vorposten, und der Ausbau der großen Siedlungsblöcke ging weiter. Als schließlich mehrere Hamasführungskräfte "liquidiert" wurden, fühlten sich die genannten palästinensischen Widerstandsgruppen nicht mehr an die Hudna gebunden und reagierten mit Selbstmordattentaten. Zu guter Letzt wurde das Ende der Hudna verkündet, woraufhin die israelische Armee sofort wieder in die Zentren der palästinensischen Städte eindrang und eine wahre Orgie von Verhaftungen, Häuserzerstörungen und Liquidationen veranstaltete.

Damit dürfte die Roadmap am Ende sein.

In seinem Artikel "Eine Droge für den Süchtigen" sagt der bekannte israelische Friedensaktivist Uri Avnery³: "Die Roadmap ist gestorben, weil Sharon von Anfang an gegen sie war. Bush sah sie nur als eine Photomöglichkeit mit einem photogenen Hintergrund an. Abu Mazen erhielt von Israel und den USA nichts, was er als eine palästinensische Errungenschaft hätte präsentieren können."

Palästina Solidaritätsbündnis Hamburg und die ATTAC-Arbeitsgruppe "Palästina" (Sept. 2003)

³Gush-Shalom-Report, am 25. 08. 03 in deutscher Übersetzung veröffentlicht durch P. Rainer Fielenbach: rfielenbach@karmeliterorden.de

Antizionismus ist nicht Antisemitismus

Michel Warschawski (Leiter des Alternative Information Center in Jerusalem)

(aus "Sand im Getriebe Nr. 21)

Der israelisch-palästinensische Konflikt verführt leicht zu religiösen oder zumindest ethnischen Interpretationen. Er spielt sich auf einem Gebiet ab, das die Wiege von Weltreligionen war und das viele "Heiliges Land" nennen; der Zionismus wird oft als "Rückkehr" des jüdischen Volkes ins Gelobte Land dargestellt, und seine Argumente schöpfen viel aus dem Bereich tradierter Rechte, wenn nicht gar göttlicher Verheißung; Jerusalem ist dreifach heilige Stadt und von Wallfahrtszielen übersät.

Es ist ein Verdienst Yasser Arafats, in einem solchen Kontext alles Menschenmögliche getan zu haben, um den israelisch-palästinensischen Konflikt in seiner politischen (und nicht religiösen oder ethnischen) Dimension zu halten: nämlich die eines Kampfes für nationale Befreiung und Unabhängigkeit, eines antikolonialen Kampfes um ein Territorium und um nationale Souveränität.

Umgekehrt ist eines der größten Verbrechen des ehemaligen Premierministers Ehud Barak, das religiöse Element in die Verhandlungen eingeführt zu haben, indem er auf dem zweiten Gipfeltreffen von Camp David die jüdische Souveränität über die Moscheenallee von Jerusalem auf der Grundlage religionsgeschichtlicher Thesen gefordert hat. Diese irre Forderung war ohne Zweifel einer der Hauptgründe für den Zusammenbruch des Oslo-Prozesses. Die Geschichte wird zeigen, ob sie nicht auch zum Auslöser eines Religionskrieges im gesamten Mittleren Osten und eines weltweiten islamisch-jüdischen Konflikts wird.

Der israelisch-palästinensische Konflikt ist ein politischer Konflikt zwischen einer kolonialen Bewegung und einer nationalen Befreiungsbewegung. Der Zionismus ist eine politische und keine religiöse Ideologie, die darauf abzielt, die jüdische Frage in Europa durch die Einwanderung in Palästina, seine Kolonisierung und die Schaffung eines jüdischen Staates zu lösen. So haben seine Sprecher ihn immer definiert, von Herzl bis Ben Gurion, von Pinsker bis Jabotynski, die die Konzepte der Kolonisierung (Hityashvut) oder der Kolonien (Yishuv, Moshav) nie in einem negativ wertenden Sinne benutzt haben. Bis zum Aufstieg des Nazismus hat die überwältigende Mehrheit der Juden weltweit den Zionismus verworfen, sei es als Häresie (das war die Position der großen Mehrheit der Rabbiner und der religiösen Juden), sei es als reaktionär (das war die Position der jüdischen Arbeiterbewegung in Osteuropa), sei es als anachronistisch (so dachten die emanzipierten oder assimilierten Juden in Mittel- und Westeuropa). In diesem Sinne wurde der Antizionismus immer als eine politische Position unter anderen verstanden, die dazu noch ungefähr ein halbes Jahrhundert in der jüdischen Welt hegemonial war. Erst seit etwa dreißig Jahren gibt es eine breite Kampagne, die mit unleugbarem Erfolg versucht, nicht zur Kontroverse über die politische Sinnhaftigkeit des Zionismus beizutragen, zur Analyse seiner Dynamik und seiner politischen und moralischen Implikatio-

Die Allgegenwart der islamistischen Kultur im arabischen Bewusstsein und in der arabischen nationalen Kultur geht gleichfalls schwanger mit der Konfessionalisierung eines Konflikts, der oft als Befreiung eines islamischen, von Ungläubigen besetzten Bodens dargestellt wird. Dem muss die zionistische Idee hinzugefügt werden, einen "jüdischen Staat" zu schaffen, und die entsprechende permanente Strategie jüdischer Kolonisierung, die nicht ohne den ethnischen Säuberungskrieg von 1948 auskam.

vom 07.03.2004 19:33:00

nen, sondern den Antizionismus zu delegitimieren, indem er ihn mit Antisemitismus gleichsetzt.

Semantische Verschiebungen...

Wie jeder andere Rassismus negiert der Antisemitismus (oder die Judenfeindlichkeit) den Anderen in seiner Identität und in seiner Existenz. Der Jude ist, egal was er tut, egal was er denkt, Hassobjekt bis hin zur Ausrottung, nur weil er Jude ist.

Der Antizionismus hingegen ist eine politische Kritik an einer politischen Ideologie und Bewegung; er greift nicht eine Menschengruppe an, sondern stellt eine bestimmte Politik in Frage. Wie kommt man dann dazu, die politischen Ideen des Antizionismus mit der rassistischen Ideologie des Antisemitismus gleichzusetzen? Eine europäische Gruppe zionistischer Intellektueller hat die Lösung gefunden, indem sie das Unterbewusste ins Spiel bringt und ein Konzept einführt, mit dem man alles beweisen kann: nämlich das der "semantischen Verschiebung". Wenn man den Zionismus anklagt oder auch Israel kritisiert, dann geht es einem, manchmal unbewusst, nicht um die Politik einer Regierung (der Regierung Sharon) oder um den kolonialistischen Charakter einer politischen Bewegung (des Zionismus) oder, mehr noch, den institutionalisierten Rassismus eines Staates (Israel), sondern um die Juden. Wenn man sagt: "Die Bombardierungen der Zivilbevölkerung sind Kriegsverbrechen", oder: "Die Kolonisierung ist eine flagrante Verletzung der Vierten Genfer Konvention", meint man in Wirklichkeit: "Das jüdische Volk ist verantwortlich für den Tod von Jesus Christus" und "Tod den Juden"!

Natürlich kann man auf ein solches Argument nichts erwidern, denn jede Antwort wird, vielleicht unbewusst, zur Verteidigung des Antisemitismus. Das Argument der Bedeutungsverschiebung und der Rückgriff auf das Unterbewusste in der politischen Polemik beendet jede Möglichkeit der Debatte, egal zu welchem Thema im Übrigen. Die Verurteilung des Kolonialismus wird zu einer Verurteilung des Engländers (oder des Franzosen oder des Deutschen, je nachdem), seiner Kultur und seiner Existenz. Auch den Antikommunismus gibt es nicht, er ist eine Wortbedeutungsverschiebung für den Slawenhass. Wenn ich sage: "Ich mag keinen Camembert", denke ich in Wirklichkeit: "Tod den Franzosen!"; wenn ich erkläre, jiddische Musik zu mögen, sage ich mittels semantischer Verschiebung, dass ich die Araber hasse...

Der Antisemitismus existiert und scheint in Europa wieder sein Haupt zu erheben — nach einem halben Jahrhundert der Ächtung in Folge des Grauens des Völkermords an den Juden durch die Nazis und der Verbrechen der Kollaboration. Bei einem wachsenden Anteil der arabisch-moslemischen Gemeinden in Europa nehmen rassistische Verallgemeinerungen zu, werden unterschiedslos die Juden für die Verbrechen verantwortlich gemacht, die der jüdische Staat und seine Armee verüben. Im Übrigen findet sich der Antisemitismus oft im selben Lager wieder, das die israelische Politik bedingungslos unterstützt, so z.B. unter den fundamentalistischen protestantischen Sekten, die in den USA die wirkliche proisraelische Lobby darstellen.

Der antiarabische Rassismus existiert ebenfalls, nur räumen die Medien den drastischen Polemiken des Beitar und der Jüdischen Verteidigungsliga gegen die islamischen Institutionen oder gegen Organisationen, die sich der israelischen Kolonisierungspolitik widersetzen, wenig Platz ein — oder den Parolen, die die Häuserwände gewisser Viertel in Paris verunzieren ("Tod den Arabern", "Keine Araber, keine Anschläge") oder den organisierten Ausschreitungen zionistischer Kommandos.

Der antiarabische und der antijüdische Rassismus müssen beide ohne Zugeständnisse verurteilt und bekämpft werden, und das kann man wirksam nur machen, wenn man sie frontal bekämpft, sonst verstärkt man die verbreitete Idee, hinter der Verurteilung des einen Rassismus stecke faktisch ein Angriff auf die andere Menschengruppe.

Diejenigen, die tatsächliche oder durch "Wortbedeutungsverschiebung" unterstellte antisemitische Handlungen verurteilen und zu antiarabischen Exzessen schweigen, machen sich mitverantwortlich für die Kommunitarisierung und Ethnisierung der Köpfe und für die Verstärkung des Antisemitismus, denn sie bekämpfen nicht den Rassismus überhaupt, egal von wem er ausgeht und gegen wen er sich richtet, sondern ausschließlich den Rassismus der anderen. Sicher sind nicht sie es — die Tarnero, Lanzmann und anderen Tagieffs — die das Recht hätten, der radikalen Linken und der Bewegung gegen die marktradikale Globalisierung, die immer an der Spitze antirassistischer Kämpfe standen und keinen dieser Kämpfe im Stich lassen, irgendwelche Lehren zu erteilen.

Doch gehen wir einen Schritt weiter.

Ein wichtiger Teil der Verantwortung für das Übergleiten von der Kritik an der israelischen Politik zu antisemitischen Haltungen ruht auf den Schultern eines Teils der oft selbsternannten Vorstände der jüdischen Gemeinden in Europa und in den USA. Tatsächlich sind sie es, die sehr oft die jüdische Gemeinde als solche mit einer bestimmten Politik gleichsetzen — nämlich der einer bedingungslosen Unterstützung der politischen Führung Israels. Wenn sie, wie in Straßburg, dazu aufrufen, ihre Unterstützung für Sharon auf dem Vorplatz einer Synagoge zu demonstrieren, wen wundert es dann, wenn die Synagoge zur Zielscheibe von Demonstrationen gegen die israelische Politik wird?

Und was soll man von den kommunitaristischen Sprechern der jüdischen Gemeinde in Frankreich sagen, die den Wahlerfolg Le Pens "verstehen" und "hoffen, dass er die arabische Gemeinde in Frankreich zum Nachdenken bringt"?

Kann man in dieser Haltung die Komplizenschaft mit dem Mann übersehen, der in Frankreich am meisten die rassistische — und so auch die antisemitische — Ideologie verkörpert? Eine Komplizenschaft, die die Zusammenarbeit extrem rechter Organisationen wie des Beitar mit faschistischen und antisemitischen Gruppen wie Occident aus den 70er Jahren fortsetzt... Hier handelt es sich nicht mehr um semantische Verschiebung, sondern um ein abgekartetes Spiel.

Die israelische Politik wird weltweit von vielen kritisiert, und je mehr der jüdische Staat außerhalb des Rechts handelt, desto mehr wird er als gesetzlos betrachtet werden und den entsprechenden Preis dafür bezahlen. Es ist völlig unakzeptabel und unverantwortlich, dass solche jüdischen Intellektuellen, die wie die Vorstände jüdischer Gemeinden in aller Welt eine absolute Identifikation mit Israel zur Schau tragen, letztere mit in den Abgrund ziehen, auf den Ariel Sharon und seine Regierung zustreben.

Im Gegenteil, wenn sie wirklich von der Sorge um die Gemeinschaft bewegt wären, in deren Interesse sie zu sprechen vorgeben, würden sie ihr Möglichstes tun, um die barbarischen Akte des israelischen Staates zu demaskieren und die dramatischen Konsequenzen aufzuzeigen, die diese Handlungen früher oder später für eine nationale hebräische Existenz überhaupt im Nahen Osten nach sich ziehen werden.

Dadurch würden sie Verantwortungsbewusstsein auch gegenüber der jüdischen Gemeinschaft in Israel an den Tag legen: Wäre es nicht besser, wenn sie, statt dem israelischen Draufgängertum zu schmeicheln und zur wachsenden selbstmörderischen Verblendung der israelischen Führung und Bevölkerung beizutragen, und statt mit Lanzmann zu schreien: "Immer bedingungslos mit Israel", als Schutzwall fungierten und Sharon und seine Regierung vor den dramatischen Konsequenzen seiner Politik warnten?

Sind sie so blind, nicht zu sehen, dass die Straffreiheit, derer sich Israel bei bestimmten politischen und weltanschaulichen Strömungen in Europa und Nordamerika erfreut, nur die andere Seite des Antisemitismus und seines Arsenal "jüdischer Besonderheiten" ist? Sind sie so stumpfsinnig nicht zu begreifen, dass für viele sogenannte Freunde Israels die Haltung des Gewährenlassens gegenüber dem jüdischen Staat Ausdruck eines Zynismus ist, der die Juden gern frontal gegen die Wand laufen sieht? Und dass im Gegenteil diejenigen, die Israel — und manchmal hart — kritisieren, das Leben und Überleben seiner Bevölkerung wirklich am Herzen liegt?

Ariel Sharon, seine Minister, seine Generäle, seine Richter und ein Teil seiner Soldaten werden sich eines Tages vor dem Internationalen Strafgerichtshof für Kriegsverbrechen oder sogar für Verbrechen gegen die Menschlichkeit verantworten müssen. Damit dann nicht die gesamte israelische Bevölkerung auf der Anklagebank sitzt, gibt es in Israel Tausende Männer und Frauen, Zivilis-

ten und Soldaten, die "Nein" sagen, die Widerstand leisten und in Opposition gehen.

Um die Juden der Welt vor dem Vorwurf der Mitverantwortlichkeit zu schützen, um der antisemitischen Propaganda den Boden zu entziehen, die die Leiden der Palästinenser instrumentalisiert, um jeden Juden, nur weil er Jude ist, für schuldig zu erklären, um der Kommunitarisierung und Ethnisierung des israelisch-palästinensischen Konflikts einen Riegel vorzuschieben, ist es unbedingt notwendig, dass sich eine mächtige und feste Stimme innerhalb der jüdischen Gemeinden Gehör verschafft, die sagt, was der Name einer US-amerikanischen jüdischen Organisation ausdrückt, die sich diesem Ziel verschrieben hat: "Nicht in unserem Namen!"

Es ist natürlich auch die Pflicht der demokratischen und linken Organisationen auf der ganzen Welt, die Verbrechen Israels ohne jede Konzession zu verurteilen, nicht nur weil die Verteidigung der Unterdrückten und Kolonisierten, welcher auch immer, integraler Bestandteil ihres Programms

und ihres Denkens ist, sondern auch weil nur eine klare und mit den anderen Kämpfen, die sie führen, kohärente Position es ihnen ermöglicht, den Kommunitarismus und Rassismus in ihrem eigenen Land zu bekämpfen.

Sich von der Erpressung mit dem Antisemitismusverdacht abschrecken zu lassen, zu schweigen, um sich nicht der Anklage auszusetzen, man leiste "dem Antisemitismus Vorschub" oder sei gar "unbewusst antisemitisch", kann letztlich nur den wirklichen Antisemiten zugute kommen oder zumindest die identitäre und kommunitaristische Verwirrung fördern.

Die wirkliche antirassistische und antikolonialistische Linke braucht nicht erst zu beweisen, dass sie im Kampf gegen die antisemitische Pest steht. Sie wird diesen Kampf desto wirksamer fortführen, je klarer und unzweideutiger sie zu den Kriegsverbrechen Israels und zu seiner Kolonisierungspolitik Stellung bezieht.

Quelle: Sozialistische Zeitung, September 2002,

Europäische Juden für einen gerechten Frieden

Wir, Vertreter von sechzehn jüdischen Friedensorganisationen aus acht europäischen Ländern, haben uns auf der Konferenz 'Don't say you didn't know' in Amsterdam am 19. und 20. September 2002 getroffen.

Wir rufen die israelische Regierung dazu auf, ihre aktuelle Politik zu ändern und die Vorschläge der folgenden Erklärung zu verwirklichen;

wir rufen alle andere Regierungen, die UNO und die EU, auf die israelische Regierung Druck auszuüben, damit sie die Vorschläge der folgenden Erklärung verwirklicht:

Erklärung

Wir glauben, dass der einzige Ausweg aus der jetzigen Sackgasse in einem Abkommen auf der Grundlage der Schaffung eines unabhängigen und lebensfähigen palästinensischen Staates und der Garantie eines sicheren und anerkannten (safe and secure) Israel und Palästina besteht.

Dies setzt voraus:

1. die sofortige Beendigung der Besetzung der Besetzten Gebiete - Westbank, Gaza und Ostjerusalem - und die Anerkennung der Grenzen vom 4. Juni 1967;
2. die vollständige Räumung aller jüdischen Siedlungen in allen Besetzten Gebieten;
3. die Anerkennung des Rechtes beider Staaten, Jerusalem als ihre Hauptstadt zu haben;
4. die Anerkennung von Israels Anteil an der Schaffung des Problems der palästinensischen Flüchtlinge. Israel muss prinzipiell das Rückkehrrecht der Palästinenser als Menschenrecht anerkennen. Die praktische Lösung dieses Problems wird durch ein Abkommen zwischen beiden Parteien auf der Grundlage von gerechten, fairen und praktikablen Erwägungen gelöst werden. Ein solches Abkommen wird Entschädigung beinhalten und die Rückkehr in das Territorium des palästinensischen Staates oder Israels, ohne die Existenz Israels zu gefährden.

Wir rufen die internationale Gemeinschaft und insbesondere Europa zur politischen und finanziellen Unterstützung auf.

September 2002

Unterzeichner:

An Other Jewish Voice (The Netherlands)
Union des Progressistes Juifs de Belgique -UPJB (Belgium)
Network of Jews Against Occupation, Rome (Italy)
Group Martin Buber-Jews for Peace (U.K.)
Friends of the Israeli Palestinian Coalition of Peace
Just Peace UK
Jews for Justice for Palestinians (U.K.)
Jewish Socialist Group (U.K.)
British Friends of Peace Now
Rabbis for Human Rights UK
Jewish Manifesto (Sweden)

The Swedish Jewish Peace Group (Sweden)
Jüdische Stimme für einen gerechten Frieden zwischen Israel und Palästina (Schweiz)
Union Juive Française pour la paix - UJFP (France)
Le Cercle Français de Juive Diasporique de Gauche cercle
Gaston Cremieux (France)
New Outlook (Dänemark)
Kontaktadresse der 'European Jews for a Just Peace'
Een Ander Joods Geluid An Other Jewish Voice
Amsterdam, Netherlands
eajg@xs4all.nl
Aus dem Englischen übersetzt: SiG-Redaktion

Ishai Menuhin, Reserveoffizier, israel. Armee:

"Die israelische Regierung zwingt uns zu einem dauerhaften Krieg gegen die Palästinenser. Deutschland sollte keinerlei Waffen mehr nach Israel exportieren, bis die Besetzung beendet ist. Wir setzen diese Waffen gegen die Palästinenser ein, um die Besetzung aufrecht zu erhalten. Deshalb fordern wir Deutschland auf, keine Waffen mehr nach Israel zu schicken."

Adam Keller, "Gush Shalom" Tel Aviv:

"Die deutsche Bundesregierung sollte sich jetzt, gerade wegen ihrer historischen Verantwortung, für ein umfassendes Verbot von Rüstungsexporten nach Israel aussprechen. Solange bis die Menschenrechtsverletzungen in Israel ein Ende finden. Das wäre keinesfalls eine anti-israelische Maßnahme, sondern ein großer Dienst, den man Israel erweisen würde, um uns von einer Politik abzubringen, die unsere Zukunft in diesem Land zerstört."

aus der Monitor-Sendung vom 14. Februar 2002(zitiert in www.friedensratschlag.de).

Zur besonderen Verantwortung Deutschlands gegenüber Israel

Deutschland spielt eine besondere Rolle. Eine ganze Nation von Palästinensern wurde im Laufe der letzten Jahrhundert- hälfte verdrängt und enteignet, vor allem auf Grund des europäischen Antisemitismus. Was den Juden Europas (besonders durch Deutsche) widerfuhr, war eine Katastrophe, für die das palästinensische Volk, das an der Katastrophe keinen Anteil hatte, mit der Zerstörung ihrer Gesellschaft im Jahre 1948 und ab 1967 mit der militärischen Okkupation des ihm verbliebenen Landes bezahlen musste. Die offizielle deutsche Haltung zu Problemen des Nahen Osten hält sich eng an die vorgegebenen Leitlinien amerikanischer Politik, die sich auch in der Europäischen Union durchgesetzt haben – auch wenn die Amerikaner in ihrer politischen und wirtschaftlichen

Unterstützung Israels sehr viel weiter gehen als die Europäer. Gewiss, es war richtig, dass das deutsche Volk Israel Reparationen zahlte, aber warum glaubt man in Deutschland, der vollkommen gerechtfertigte Kampf um die palästinensische Selbstbestimmung ließe sich entweder ignorieren oder nur mit bloßen Erklärungen hier und da unterstützen? Ich möchte deshalb meine deutschen Leser auffordern, die notwendige Verbindung zwischen ihrer Geschichte und unserer zu ziehen (und sie nicht zu leugnen) und dann den notwendigen Schluss zu ziehen. Deutschland hat noch eine Verantwortung, der es sich nicht länger entziehen kann.

Edward W. Said, 4. Februar 2002

5. Einige Hinweise auf Bücher, Internetadressen usw.

Bücher

Kirsten	Bauer	50 Jahre Israel / Die Palästinenser und die PLO
Noam	Chomsky	Offene Wunde Nahost
Sophia	Deeg	Ich bin als Mensch gekommen
Sumaya	Farhat-Naser	Thymian und Steine (eine Palästinenserin berichtet über das Leben unter der israelischen Besatzung) / Verwurzelt im Land der Olivenbäume (über die israelisch-palästinensische Frauenorganisation Jerusalem Link)
Alain	Gresh	Israel-Palästina. Die Hintergründe des Konflikts
Amira	Hass	Gaza - Tage und Nächte in einem besetzten Land
Felicia	Langer	Laßt uns wie Menschen leben. Wo Haß keine Grenzen kennt. Zorn und Hoffnung. Brücke der Träume. Brandherd Nahost oder: Die geduldete Heuchelei.
Marcel	Pott	Schuld und Sühne im gelobten Land
Edward	Said	Das Ende des Friedensprozesses (über das Osloer Abkommen und weitere Abkommen)
Raymonda	Tawil	Mein Gefängnis hat viele Mauern
Michel	Warschawski	An der Grenze (Autobiographie eines Gründers der AIC, pal.-isr. Organisation)
Ludwig	Watzal	Feinde des Friedens

Internet-Adressen

1. Palästinenser:

Palestinian Academic Society for the Study of International Affairs <http://www.passia.org/>
Generaldelegation Palästinas <http://www.palaestina.org/> (auch Landkarten)
The Palestine Monitor <http://www.palestinemonitor.org/> (viele links und Karten)
The Negotiations Affairs Department (NAD) <http://www.nad-plo.org/index.html>
Dr. Hanan Ashrawi <http://www.un.org/Dialogue/ashrawi>
Sumaya Farhat-Naser <http://www.wdr5.de/morgenecho/serien/palaestinafolge4.phtml>
Birzeit Universität <http://www.birzeit.edu/>
Bethlehem Universität <http://www.bethlehem.edu/>
Palestinian Academic Network-PLANET <http://www.planet.edu>
Bilder <http://www.angelfire.com/rant/truthaboutpalestine/graphicimages.html>
<http://www.palestinehistory.com/intifada/index.html>

2. Israelische und jüdische Organisationen

<http://www.gush-shalom.org> (israelische Friedensorganisation)
<http://www.jewishfriendspalestine.org> <http://www.peacenow.org.il>
<http://www.jvjp.ch> (Jüdische Stimme für einen gerechten Frieden zwischen Israel und Palästina, Schweiz)
<http://www.jewishvoiceforpeace.org>

3. Im Rest der Welt

Foundation for Middle East Peace <http://www.fmep.org>
<http://www.dpfv.org> (Deutsch-Palästinensischer Frauenverein)
<http://www.freunde-palaestinas.de> (tägliche Berichte und grundlegende Informationen)
<http://www.ludwig-watzal.de> (Autor des Buchs „Feinde des Friedens“)
<http://www.edwardsaid.org> (Autor des Buchs „Das Ende des Friedensprozesses“)
<http://www.friedensratschlag.de> (Zusammenschluss von deutschen Friedensinitiativen)
<http://www.www.attac.org>
<http://www.labournet.de/krieg/nahost>
<http://www.un.org>
<http://www.un.org/unwra> (UNO-Organisation für die palästinensischen Flüchtlinge)
<http://www.indymedia.org> <http://www.monde-diplomatique.fr> <http://www.netzzeitung.de>
<http://www.zmag.org> <http://www.woz.ch>